

Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/8430**. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Das sind die Grünen, die SPD-Fraktion und der Abgeordnete Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser Änderungsantrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/8431**. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordnete Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser Änderungsantrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/8432**. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und der Abgeordnete Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Die Grünen. Damit ist dieser Änderungsantrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/8433**. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Sagel. Damit ist auch dieser Änderungsantrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/8434**. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Das sind die Grünen und der Abgeordnete Sagel. Wer ist dagegen? – CDU-Fraktion und FDP-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – SPD-Fraktion. Auch dieser Änderungsantrag ist mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/8435**. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Grünen und die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Der Abgeordnete Sagel. Auch dieser Änderungsantrag ist mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/8436**. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Das sind die Grünen und die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Der Abgeordnete Sagel. Auch dieser Änderungsantrag ist mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/8437**. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Das sind die Grünen und die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Der Abgeordnete Sagel. Auch dieser Änderungsantrag ist mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Letzter Antrag ist der **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/8438**. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Das sind die SPD-Fraktion, die Grünen und der Abgeordnete Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Auch dieser Änderungsantrag ist mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, jetzt müssen wir noch über den Einzelplan 05 entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/8005** abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD, Grüne und der Abgeordnete Sagel. Damit ist die Beschlussempfehlung mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen** und der **Einzelplan 05 beschlossen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich rufe auf:

Einzelplan 11 Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Ich weise darauf hin, dass es hierzu die Beschlussempfehlung Drucksache 14/8911 und Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gibt.

Ich eröffne die Beratung zum

Teilbereich Arbeit und berufliche Weiterbildung

und erteile für die SPD-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Schmelzter das Wort. Bitte schön.

Rainer Schmelzter (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! „The same procedure as every year“, könnte man sagen. Damit meine ich nicht die zweite Lesung, sondern vielmehr das, was wir bisher erlebt haben, was wir mit dem Haushalt 2009 und – das droht sich zu zeigen – mit der Untätigkeit des Arbeitsministers erleben, die gepaart mit hochmütiger Selbstzufriedenheit in diesem Landtag Ihresgleichen sucht.

Was tut denn der Arbeitsminister? Er arbeitet sich insbesondere immer wieder an Berlin ab und hechelt nach der Schlagzeile. Hierbei steht er in ständigem Wettbewerb mit seinem Kollegen Verkehrs-

minister Wittke. Was macht er in Berlin? Wenn Mehrheiten in der ASMK absehbar sind, nimmt er für sich in Anspruch, er sei der Macher. Wenn dem nicht so ist und der Populismus wieder einmal mit ihm durchgeht, zeigt er auf den Bundesarbeitsminister und in unsere Richtung mit dem Finger, weil Olaf Scholz – und da sage ich: Gott sei Dank – ja Sozialdemokrat ist. Ich werde Ihnen diese beiden Blickwinkel gleich noch detaillierter darlegen.

Wir können alle gemeinsam stolz darauf sein, dass gerade im abgelaufenen Jahr die Arbeitslosigkeit in Deutschland, aber auch in Nordrhein-Westfalen so drastisch zurückgegangen ist. Das war in allen Bundesländern der Fall und zeigt, dass es sich hierbei nicht um arbeitsmarktpolitische Erfolge der derzeitigen Landesregierung handelt, sondern dass vielmehr der konjunkturelle Aufschwung 2006 bis 2008 und vor allem die bundespolitischen Instrumente greifen.

Das gilt für die Reformen am Arbeitsmarkt, für die Programme für ältere Arbeitslose oder auch für das Sanierungsprogramm der Bundesregierung, das insbesondere das heimische Handwerk erreicht hat. Das sage ich schon an dieser Stelle, weil sicherlich gleich wieder seitens der Koalition die Erfolge als großer Meilenstein der Koalition der Ernüchterung abgefeiert werden. Das ist aber etwas, wozu Sie definitiv nichts beigetragen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn es um Instrumente geht, die den Menschen helfen, kommt es allzu oft vor, dass dieser Arbeitsminister draußen etwas anderes sagt, als er in diesem Parlament vertritt. Das ist in diesem Jahr beim Mindestlohn für Zeitarbeit geschehen. Dabei hieß es draußen „yes“ und drinnen „njet“; das ist der doppelte Laumann. Wir Sozialdemokraten bleiben deswegen dabei: Wir brauchen diesen Mindestlohn.

(Beifall von der SPD)

Wir brauchen ihn für die arbeitenden Menschen, um Dumpinglöhne zu verhindern. Wir brauchen ihn gerade für die kleineren Arbeitgeber, um dem Vernichtungswettbewerb Einhalt zu gebieten. Wir wollen den Mindestlohn in den Branchen; dafür werden wir weiter kämpfen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es ist gut und richtig, dass trotz der anhaltenden Blockade des Mindestlohns durch die CDU in der Großen Koalition weitere fünf Branchen mit insgesamt 1,7 Millionen Beschäftigten mit einem Mindestlohn in das Entsendegesetz aufgenommen wurden.

Für die Zeitarbeitsbranche konnte man sich zumindest auf eine Lohnuntergrenze im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz im Koalitionsausschuss einigen. Damit wäre in einem ersten Schritt zumindest eine Haltelinie nach unten etabliert. Das könnte ein erster, aber kein hinreichender Schritt in die richtige Richtung sein, wenn nicht Ihre Kollegen, Herr Lau-

mann, in Berlin schon wieder blockieren und das bereits vereinbarte Ziel bewusst aus den Augen verlieren würden. Der Wirtschaftsflügel der Union lässt grüßen.

Herr Laumann, ich glaube, wir sind auf einem guten Weg, damit die Zeitarbeitsbranche einen ordentliche Mindestlohn bekommt. Reden Sie mit Ihren Berliner Kollegen! Das ist offensichtlich schon deswegen bitter nötig, weil sie an den christlichen Tarifverträgen festhalten, die Sie vor gar nicht so langer Zeit in diesem Hohen Hause noch gegeißelt haben. Dabei gehen die Meinungen wieder einmal auseinander. Bleiben Sie bei dem, was Sie zu Mindestlohn und Zeitarbeit gesagt haben, und nehmen Sie Einfluss in Berlin!

Dass wir ordentliche Löhne zum Leben brauchen, zeigt die gerade veröffentlichte Studie des IAB zu den sogenannten Aufstockern.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Genau!)

Rund 1,35 Millionen Beschäftigte benötigen zusätzliche Leistungen aus dem SGB II. Darunter befinden sich ungefähr 20 %, die mindestens 35 Stunden arbeiten. Das sind 270.000 Menschen. Das darf man nicht kleinreden. Weit über 50.000 Menschen können bei uns in Nordrhein-Westfalen von einer Vollzeitbeschäftigung nicht leben, da sie Dumpinglöhne bekommen. Es ist und bleibt eine Frage der Würde, dass wir auch für diese Menschen einen Mindestlohn erkämpfen. Deswegen sind der Arbeitsminister und die Arbeitspolitik in diesem Land gefragt. Mindestlöhne schützen die Menschen vor Dumpinglöhnen und geben ihnen ein Einkommen, wie es ihnen zusteht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es war gut und richtig, dass in Bezug auf die wirtschaftliche Situation schnell beim Kurzarbeitergeld gehandelt wurde. Die Menschen müssen nicht in die Arbeitslosigkeit entlassen werden. Nach den heute veröffentlichten Zahlen wissen wir, dass sich allein in Nordrhein-Westfalen seit November rund 162.000 Beschäftigte in Kurzarbeit befinden. Es gab allein im Januar 45.000 Neumeldungen.

Sie werden nicht in die Arbeitslosigkeit geschickt, sondern können im Betrieb bleiben. Der Arbeitgeber kann bei den Sozialabgaben bei entsprechender Weiterbildung der Arbeitnehmer um bis zu 100 % entlastet werden. Mit dieser Maßnahme können wir übrigens gestärkt aus der Krise hervorgehen, weil die Fachkräfte anschließend noch da und sogar auf dem neuesten Stand der Technik sind. Das hat auch Ministerpräsident Rüttgers eingesehen.

Das zeigt exemplarisch, dass Arbeitsmarktpolitik zeitnah, effektiv und mit breiter Akzeptanz funktionieren kann. Olaf Scholz hat in schwierigen Zeiten richtig reagiert. Dabei darf gern einmal erwähnt werden, dass es eben dieser Olaf Scholz ist, auf den der hiesige Arbeitsminister gern einmal mit dem

Finger zeigt. Diese Erwähnung unsererseits ist nicht kleinkariert, wie es Herr Rüttgers an diesem Rednerpult abgetan hat, sondern vielmehr herausragend für schnelle, sinnvolle und den Beschäftigten helfende Politik.

Olaf Scholz betreibt in Berlin die Weiterentwicklung der Arbeitsmarktpolitik. Eine solche Position gibt es auch im Einzelplan 11 des vorgelegten Haushalts. Sie, Herr Laumann, haben diese Position von 2008 bis 2009 um 3,9 Millionen € gekürzt. – So viel zu Ihrer Weiterentwicklung der Arbeitsmarktpolitik: investiv und tatsächlich rückläufig.

Oder Sie verstehen unter „Weiterentwicklung der Arbeitsmarktpolitik“ den Vorschlag Ihrer Fraktion, der sicherlich unter Ihrer maßgeblichen Beteiligung als CDA-Vorsitzender entstanden ist, einen Tarifbonus einzuführen. Ich halte das für einen sehr guten Vorschlag, wenn er nicht alt wäre und nicht von Ihnen käme. Trotzdem ist er gut, auch wenn er noch in der letzten Legislaturperiode von Ihren Kollegen der CDU bekämpft wurde.

Gerade in der jetzigen Zeit geht es darum, dass die Menschen mehr zum Konsumieren haben müssen. Jetzt haben Sie die Chance, Ihre drei Tage füllenden Überschriften zum Tarifbonus in die Tat umzusetzen. Die Tarifrunde der Länder läuft auf vollen Touren. Setzen Sie Ihren Vorschlag in die Tat um und bieten Sie den gewerkschaftlich organisierten Landesbediensteten in Nordrhein-Westfalen den von Ihnen vorgeschlagenen Tarifbonus an! Jetzt können Sie einmal einen Impuls setzen, bei dem es draußen „yes“ und drinnen auch „yes“ heißt.

Wir alle wissen, dass die Arbeitslosigkeit aufgrund der derzeitigen Situation zunehmen wird. Die heute veröffentlichten Zahlen belegen dies sehr deutlich. Das gilt auch für die Situation auf dem Ausbildungsmarkt. Erfreulich ist, dass die Bilanz der Ausbildungsplätze im gesamten Bundesgebiet im letzten Jahr gut war. Dabei gilt nach wie vor allen Arbeitgebern, die Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt haben, ein besonderer Dank.

Aber eine Initiative, wie Sie Ihnen von Gewerkschaften, Arbeitgeberverband und Handwerk im Ausbildungskonsens 2006 abverlangt wurde, fehlt bei Ihnen. Gerade jetzt, wo sich ein Rückgang aufgrund der schwachen Konjunktur abzeichnet, ist im Haushalt nichts zu finden. Müssen Sie erst wieder von Dritten zum Handeln getrieben werden? Ihr Haushaltsentwurf 2009 sieht hierfür keine Mittel vor. Laut einer Begründung am 24. Oktober im Ausschuss erachten Sie dies für nicht notwendig, obwohl die Altbewerber für Sie eine besondere Zielgruppe darstellen.

Was denn nun? – „Nicht notwendig“ oder „besonders zu beachten“? Aber ohne Haushaltstitel werden Sie wieder einmal auf Zigtausende von Altbewerbern schauen, lamentieren, aber nicht handeln. Nach entsprechendem Druck aus dem Ausbil-

dungskonsens werden Sie eventuell wieder bei anderen Arbeitslosen sparen, wie Sie das schon einmal getan haben. Da hilft auch nicht der Verweis auf Bundesprogramme. Das ist zu wenig, Herr Arbeitsminister.

Im Übrigen sei mir an dieser Stelle gestattet, darauf hinzuweisen, dass Ihr gemeinsamer Flyer mit Frau Schönefeld zum Ausbildungsbonus wirklich gut gelungen ist. Allerdings wurde ich bereits darauf hingewiesen, dass das Foto von Ihnen nicht gelungen sei. Zur Erläuterung: Dieser Ausbildungsbonus wurde von mir bereits am 4. Juli 2007 der Presse in Düsseldorf als ein mögliches Instrument vorgestellt. In Berlin hat man mit Olaf Scholz erkannt, dass es sich hierbei um ein lohnendes Instrument handelt. Danke, Olaf Scholz! Sie sehen, dass das, was Sie gerne anmerken – nämlich mit unseren Freunden in Berlin zu sprechen –, durchaus Früchte trägt. Ich bin da bescheidener. Aber zumindest dem Bundesarbeitsminister hätten Sie auf dem Flyer aus Höflichkeit und wegen seiner Urheberschaft den Vorzug geben sollen.

Die zweite Lesung, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann aber nicht enden, ohne dass die Frage aufgeworfen wird, die Sie und Ihre Kollegen aus der Koalition immer und immer wieder nicht verstehen: Wie kann es sein, dass Sie ohne Not im Rahmen der von Ihnen zu vertretenden Politik ratsuchende Arbeitslose ins Abseits stellen?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dass Sie der Kollegin Kieninger nicht hinreichend beantwortet haben, warum beim Wegfall von 40 % ESF-Mittel Sie um 100 und nicht um 40 kürzen, zeigt Ihren uneingeschränkten Willen, diese funktionierenden Einrichtungen aufrechtzuerhalten, und das zu einem Zeitpunkt, zu dem Sie bei allen tränenreichen Darlegungen über die gekürzten ESF-Gelder im Haushalt 2009 rund 6,2 Millionen € mehr an ESF-Einnahmen ausweisen als im Vorjahr. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Handelnden in den Arbeitslosenzentren, ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen. Damit werden Sie sicherlich negativ in die Geschichtsbücher der Arbeitsmarktpolitik eingehen.

(Beifall von der SPD)

Es bleibt wie im letzten Jahr beim gleichen Fazit: An Ihrer Passivlinie hat sich nichts geändert. Sie stehen in der Arbeitsmarktpolitik nicht schützend an der Seite der Menschen, Sie stehen nur schützend an der Seite des Finanzministers zur Konsolidierung des Haushalts, indem Sie nur dadurch etwas beitragen, dass Sie nichts tun, aber den Menschen in diesem Land – insbesondere den Arbeitslosen – schaden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Herzlichen Dank, Herr Kollege Schmeltzer. – Für die CDU-Fraktion erhält jetzt der Abgeordnete Brakelmann das Wort.

Peter Brakelmann (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Schmeltzer, ich habe Ihrer Rede sehr aufmerksam zugehört und festgestellt: Zum Haushalt haben Sie relativ wenig gesagt, dafür aber wieder eine ganze Reihe über den Mindestlohn. Diese Debatte können wir immer und überall führen. Es kommt nichts Neues. Zeitlich haben Sie das wieder sehr gut gemacht.

Außerdem haben Sie versucht, den Arbeitsminister Scholz, den ansonsten keiner kennt, hier öfter zu nennen, damit man weiß, dass das der Bundesarbeitsminister ist.

(Heike Gebhard [SPD]: Sie müssen Ihre schwarze Brille absetzen, dann erkennen Sie ihn auch!)

Sie haben es nötig. Das stimmt. Den kennt niemand. Das ist so. Sie haben es wenigstens versucht. Das ist der Unterschied zwischen unserem Arbeitsminister und Ihrem: Laumann kennt man in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland, und er macht gute Politik. Das ist der Unterschied, Herr Schmeltzer.

(Beifall von der CDU)

Als wir uns im Ausschuss am 24. September vergangenen Jahres zum ersten Mal mit dem Haushalt 2009 befasst haben, standen die Zeichen in der internationalen Finanzwelt schon auf Sturm. Trotzdem gingen wir zu diesem Zeitpunkt noch davon aus, dass sich der Landeshaushalt auf Konsolidierungskurs befindet und die Neuverschuldung insgesamt weiter nach unten gefahren werden kann, damit wir letztendlich einen ausgeglichenen Haushalt erzielen. Konsolidierung ist ein Ziel, zu dem alle einzelnen Haushalte beitragen müssen. Schließlich haben wir uns vorgenommen, nicht die Politik von Rot-Grün fortzusetzen und ständig Haushalte zu verabschieden, mit denen wir mehr Geld ausgeben, als wir einnehmen.

Dass die weltweite Wirtschaftskrise solche Ausmaße annehmen würde, dass auch Nordrhein-Westfalen gefordert ist, im Rahmen der Konjunkturpakete deutlich mehr Geld als vorgesehen ausgeben zu müssen, treibt die Neuverschuldung leider wieder in die Höhe. Aber noch ist sie wesentlich niedriger als in den Jahren der rot-grünen Koalition, und das ohne Krise. Wir werden das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes langfristig dennoch nicht aus den Augen verlieren.

Der Einzelplan 11 für den Bereich Arbeit, Gesundheit und Soziales ist dabei jetzt schon auf dem richtigen Weg: Der Entwurf sieht insgesamt Ausgaben von 2,88 Milliarden € vor. Das sind 215 Millionen €

weniger als im Haushalt 2008. Diese Absenkung ist in erster Linie auf geringere Bedarfe im gesetzlichen Bereich bzw. bei der Umsetzung von EU-Programmen zurückzuführen.

Sie wissen sicherlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass der Einzelplan 11 eine Besonderheit aufweist: Fast 90 % des ansehnlichen Volumens von knapp 3 Milliarden € sind durch gesetzessvollziehende Aufgaben gebunden. Wir reden damit über etwa 10 %, also rund 288 Millionen €, über die wir politisch entscheiden können. Damit ist es uns aber gelungen, auch für das Jahr 2009 wichtige Akzente zu setzen.

Der seit März 2006 anhaltende Aufschwung hat bis zum Herbst vergangenen Jahres zu einem ausgesprochen positiven Trend bei den Arbeitslosenzahlen geführt. Nach Jahresdurchschnitten von deutlich oberhalb 1 Million Menschen im Jahr 2005 und im Jahr 2006 sank die Arbeitslosenzahl bis Ende 2008 deutlich auf 759.000 ab. Die Arbeitslosigkeit lag damit auf dem niedrigsten Stand seit 2001. Damit ist es erstmals seit den 70er-Jahren gelungen, die Zahl der Arbeitslosen am Ende des Aufschwungs deutlich unter den Ausgangspunkt am Ende des vorhergehenden Abschwungs zu drücken. Angesichts der nun auch in Nordrhein-Westfalen drohenden Rezession müssen wir alles tun, um die für den Arbeitsmarkt zu befürchtenden Konsequenzen so gering wie möglich zu halten. Wir müssen Beschäftigung erhalten.

Arbeitsminister Karl-Josef Laumann hat es treffend formuliert. Ich zitiere: Wir wollen Arbeitsplätze finanzieren und nicht Arbeitslosigkeit. Wir wollen Beschäftigung finanzieren und nicht Beschäftigungslosigkeit. – Ein Mittel dafür ist die Kurzarbeit. Zahlreiche Unternehmen in NRW haben bereits dazu gegriffen. Derzeit sind es mindestens 4.000 Betriebe mit mehr als 110.000 Arbeitnehmern.

Aber gerade kleine und mittlere Betriebe können Kurzarbeit nicht längerfristig finanzieren, weil sie für sie ein sehr teures Instrument ist. Deshalb danke ich Minister Laumann ganz besonders dafür, dass er die Bundesregierung davon überzeugt hat, dass der Staat die Sozialversicherungsabgaben bei Kurzarbeit übernehmen soll. Das ist in das Konjunkturprogramm II übernommen worden. Ganz entscheidend ist, dass der Arbeitnehmer nicht entlassen wird, sondern im Unternehmen beschäftigt bleibt. Zu begrüßen ist auch, dass Möglichkeiten und Rahmenbedingungen zur Qualifizierung von Kurzarbeitern mit dem Konjunkturpaket II ausgeweitet werden.

Im Übrigen rechnet sich die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge letztlich auch für die Arbeitsagenturen, weil sie im Falle der Entlassung von Beschäftigten mit Anspruch auf ALG I ohnehin mit den noch höheren Kosten der Arbeitslosigkeit belastet wären.

Trotz des Instrumentes Kurzarbeit müssen wir auch in Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit rechnen. Die Agentur für Arbeit geht von einem Jahresdurchschnitt von ca. 810.000 Arbeitslosen aus. Wir müssen jetzt alles dafür tun, bestehende Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.

Mit dem Haushalt 2009 werden wir dazu einen wirksamen Beitrag leisten. Wir werden die in der Vergangenheit geleistete gute Arbeit fortsetzen und einige Schwerpunkte bilden. Insgesamt steht 2009 ein Neubewilligungsbescheid über insgesamt 154 Millionen € zur Verfügung, knapp 20 Millionen € mehr als 2008.

Die Jugend- und Berufsausbildung wird auch 2009 zentrales Anliegen der nordrhein-westfälischen Arbeitsmarktpolitik sein. Trotz deutlich zurückgehender ESF-Mittel werden wir hier das hohe Niveau halten.

Das Werkstattjahr hat sich zu einem Erfolgsmodell bei der Vorbereitung auf Ausbildung und Beruf entwickelt. Über 5.000 Jugendliche haben sich bislang für das neue Jahr gemeldet. Im Schuljahr 2007/2008 konnten 4.750 Werkstattplätze besetzt werden. Dieses Erfolgsmodell werden wir fortsetzen und dafür ca. 24,2 Millionen € bereitstellen.

3 Millionen € fließen in den Bereich Betrieb und Schule. Für die Verbundausbildung, durch die jedes Jahr zusätzliche Ausbildungsstellen im Land gefördert werden – und das mit wachsendem Erfolg; 2008 waren es 1.000 Stellen –, sind 3,5 Millionen € eingeplant.

Die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung in Handwerk und Industrie unterstützt das Land wieder mit 14,6 Millionen €.

11,5 Millionen € stehen im Haushalt 2009 für den zweiten Durchgang im „3. Weg in der Berufsausbildung in NRW“ bereit, der im Herbst 2008 gestartet wurde. Rund 900 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielten so die Chance auf einen dualen Berufsabschluss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Qualifizierung der Arbeitnehmer von morgen muss immer oberste Priorität haben; denn – und das hat der Arbeitsmarkt in den vergangenen Monaten gezeigt – gut ausgebildete Fachkräfte werden händeringend gesucht. Mit diesem Haushalt tragen wir dazu bei, dass die Jugendlichen von heute nicht die Hartz-IV-Empfänger von morgen sind.

Neben der Qualifizierung von Berufsanfängern ist es sicherlich ein Anliegen der NRW-Arbeitsmarktpolitik, Arbeitnehmer weiterzubilden und so für den Arbeitsmarkt fit zu halten, besonders wenn sie, wie oben erwähnt, derzeit mit Kurzarbeit leben müssen.

Für die Unterstützung von Beschäftigten bei der beruflichen Weiterbildung wollen wir auch weiterhin den höchst erfolgreichen Bildungsscheck einsetzen.

2009 werden wir dafür rund 20 Millionen € zur Verfügung stellen.

(Beifall von der CDU)

Bevor ich zum Schluss komme, lassen Sie mich noch kurz etwas zu den Menschen sagen, die besondere Probleme bei der beruflichen Integration haben. Auch ihnen werden wir neue Chancen durch eine Arbeitsmarktpolitik bieten, die von der EU mit finanziert wird.

Ein besonderer Schwerpunkt des Landes liegt dabei in der Unterstützung von Behinderten; denn Arbeit bedeutet ganz besonders für diese Gruppe die Grundlage für soziale Sicherung, Selbstbestimmung, Chancengleichheit und Anerkennung. Das Thema Arbeit ist eine der vier Säulen unseres Programms „Teilhabe für alle“.

Wir werden mit diesem Haushalt bewährte Ansätze konsequent fortführen. Dazu gehört die Unterstützung eines bedarfsgerechten Ausbaus der Werkstätten für behinderte Menschen. Dafür stehen 8,2 Millionen € zur Verfügung.

Darüber hinaus hat die Landesregierung 2008 das neue Förderprogramm „Integration unternehmen!“ aufgelegt. Damit sollen rund 1.000 neue Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in Integrationsunternehmen geschaffen werden. Hierfür stellt das Land für einen Zeitraum von drei Jahren insgesamt 10 Millionen € zur Verfügung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere Haushaltspolitik mit dem grundsätzlichen Ziel eines ausgeglichenen Haushalts dient den Arbeitnehmern von heute und natürlich auch denen von morgen. Wir müssen immer daran denken: Was wir heute ausgeben und über Schulden finanzieren, müssen kommende Generationen bezahlen. Das können wir auf Dauer nicht zulassen – auch wenn wir uns 2009 in einer Ausnahmesituation befinden. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Brakelmann. – Herr Dr. Romberg, jetzt haben Sie das Wort. Bitte schön.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie es aussieht, wird das viel beschworene Krisenjahr 2009 seinem Ruf tatsächlich gerecht. Nach dem Einbruch auf den Finanzmärkten hat der Abschwung die Wirtschaft und somit dann auch den Arbeitsmarkt erreicht. Die heutigen Zahlen beweisen dies. Danach geht die Nachfrage nach Arbeitskräften inzwischen deutlich zurück.

Es ist gut, dass die Ausgangslage in Nordrhein-Westfalen nicht ganz so dramatisch ist wie in den anderen Bundesländern. Bei uns – Kollege Brakel-

mann hat es schon erwähnt – konnte die Zahl der Arbeitslosen ab Mai 2005 um immerhin 335.000 gesenkt werden. 370.000 neue sozialversicherungspflichtige Jobs sind in der Zeit entstanden.

Eine weitere positive Meldung vom Dezember 2008 ist die gute Quote bei den abgeschlossenen Ausbildungsverträgen, deren Zahl im Jahr 2008 erneut bei rund 130.000 lag. Diese ermutigende Zahl wurde im Übrigen ohne den Einsatz staatlicher Förderprogramme erreicht.

Ich bin sicher, dass sich dieses Engagement der nordrhein-westfälischen Betriebe als Investition in die Zukunft auch auszahlen wird; denn gut ausgebildete Fachkräfte haben auch in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs einen hohen Stellenwert. Die Qualität von Produkten und Dienstleistungen wird immer ein Wettbewerbsvorteil bleiben und eine zentrale Voraussetzung sein, um die Rezession zu überwinden.

Auch Kurzarbeit ist keine Lösung auf Dauer; denn sie ist teuer, insbesondere für die mittelständischen Betriebe, und sie wirkt sich auf die Rentenbezüge negativ aus.

Ebenso wenig sind Konjunkturpakete allein hilfreich, besonders nicht bei doch sehr problematischen Maßnahmen, die vom Bund initiiert worden sind. Damit sie nicht völlig wirkungslos verpuffen, bedarf es zugleich struktureller Maßnahmen, um Investitionsanreize und die Konsumbereitschaft gleichermaßen zu stärken.

Hier ist es aus unserer Sicht wirklich wichtig, dass gerade die steuerliche Entlastung von Gering- und Mittelverdienern

(Zuruf von der CDU: Die Zahlen sind doch keine Steuern!)

stärker forciert wird, als das seitens der Bundesregierung bisher erfolgt ist.

(Beifall von der FDP)

Zusätzlich darf man bei all dem auch die Haushaltskonsolidierung keinesfalls aus den Augen verlieren.

Vor diesem Hintergrund noch ein paar Punkte zum Haushalt speziell: Herr Minister Laumann hatte schon im Dezember 2007 darauf hingewiesen, dass der Europäische Sozialfonds für die Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen fast unentbehrlich ist. Insgesamt 684 Millionen € erhält das Land in der Förderphase 2007 bis 2013. Das ist eine Menge Geld. Die Landesregierung und die regierungsstragenden Fraktionen haben immer wieder betont, wie sie diese Mittel verwenden wollen: sehr konzentriert auf wichtigen Handlungsbedarf und vor allem präventiv.

Auch 2009 liegt der Schwerpunkt der arbeitspolitischen Maßnahmen auf dem Ziel, Ausbildungs- und Arbeitsplätze in NRW zu erhalten und gegebenenfalls neu zu schaffen. Unsere besondere Aufmerk-

samkeit liegt erneut auf dem Bereich benachteiligter Jugendlicher, vor allem bei den sogenannten Altbewerbern um einen Ausbildungsplatz.

Das Werkstattjahr wird dabei wieder eine herausragende Rolle spielen. Dieses Instrument hat sich wirklich bewährt, weil es Jugendlichen eine echte Chance bietet, auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt Fuß zu fassen und ihre Fähigkeiten zu erproben. Für dieses Jahr sind mittlerweile 5.050 Jugendliche angemeldet.

Noch stärker als in den letzten Jahren stehen dabei drei Problemgruppen im Mittelpunkt: Jugendliche mit besonderen Vermittlungsproblemen, Jugendliche, die sonderpädagogisch gefördert werden müssen, sowie Jugendliche ohne Schulabschluss. Dafür stehen rund 27 Millionen € aus Landesmitteln und aus Mitteln der EU zur Verfügung. Ich denke, dass dieses Geld gut angelegt ist. Denn gerade diese Gruppe ist sonst massiv von Langzeitarbeitslosigkeit und allen sozialen Folgeproblemen bedroht.

Auf weitere konkrete Maßnahmen ist Kollege Brakelmann schon eingegangen: Betrieb und Schule, Programm „Ein-Topf“, 3. Weg in der Berufsausbildung, Verbundausbildung, überbetriebliche Lehrlingsunterweisung. All diese Maßnahmen zeigen, dass wir dort, wo EU-Finanzierung stattfindet, Schwerpunkte gesetzt haben, die die Probleme wirklich angreifen.

Weitere Schwerpunkte der Arbeitsmarktpolitik richten sich auf Personen, die die Ausbildung bereits hinter sich haben und im Berufsleben stehen. Die Maßnahmen aus diesem Topf dienen dazu, Beschäftigungsfähigkeit dauerhaft zu erhalten. Die Aktivitäten der Landesregierung setzen zum einen mit der Potenzialberatung bei den Betrieben an. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass es vor allem die kleinen Betriebe sind, die wissen, wo ihr persönlicher Investitionsbedarf ist. Sie nutzen dieses Instrument, um sich auf die Anforderungen der Zukunft vorzubereiten. Um diese Betriebe weiterhin zu unterstützen, sind 7,5 Millionen € eingeplant.

Zum anderen soll der Weiterbildungsbedarf von Mitarbeitern gedeckt werden. Lebenslanges Lernen ist unverzichtbar, um den beruflichen Anforderungen dauerhaft gewachsen zu sein. Zudem eröffnen sich für die einzelnen Beschäftigten durch gezielte Fort- und Weiterbildung vielfältige Aufstiegschancen im Betrieb; auch die Gründung oder Übernahme eines eigenen Betriebes ist möglich. Zu diesem Zweck gibt es den Bildungsscheck in Nordrhein-Westfalen, ein Renner der NRW-Arbeitsmarktpolitik. Seit Februar 2008 können auch Berufsrückkehrerinnen den Bildungsscheck nutzen, der damit auch ein Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist.

Abschließend möchte ich noch die Zielgruppe erwähnen, die von den Beschäftigungsengpässen besonders betroffen sein wird: Menschen mit Be-

hinderungen. Der Sozialverband VdK hat in jüngster Zeit verstärkt auf das Problem hingewiesen. Ich freue mich wirklich, dass die Integrationsunternehmen mittels eines neuen Förderprogramms unterstützt werden und in den nächsten drei Jahren 10 Millionen € erhalten, um 1.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Landschaftsverbände Westfalen-Lippe und Rheinland beteiligen sich mit weiteren 10 Millionen € an diesem Programm.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Das ist äußerst wichtig. Denn viele kranken Menschen brauchen gerade tagesstrukturierende Maßnahmen, um ihre Gesundheit wieder zu stabilisieren, aber auch, um einen Lebensinhalt zu haben. Sie kommen auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht zurecht, und wir haben einen Bedarf, auch diesen Menschen eine Chance zu bieten. Dafür sind die Integrationsunternehmen, von denen es in Nordrhein-Westfalen noch viel zu wenig gibt, eine gute Möglichkeit.

(Beifall von der FDP)

Denn nicht jeder Mensch mit einer Behinderung oder Erkrankung findet in Behindertenwerkstätten, die wichtig sind und weiter von uns gefördert werden, das passende adäquate Angebot. Sie wollen sich zum Teil gar nicht behindert fühlen, sondern brauchen den geschützten Bereich in einem Integrationsunternehmen auch als Integrationsfaktor, weil dort behinderte mit nichtbehinderten Menschen zusammenarbeiten. Für diesen Faktor machen wir uns weiter sehr stark.

Sie sehen, die Koalition aus CDU und FDP macht eine zielgenaue Arbeitsmarktpolitik mit einem erheblichen Maß an sozialer Sensibilität, die wir fortsetzen werden. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Romberg. – Für die Fraktion der Grünen spricht Frau Kollegin Steffens.

Barbara Steffens¹⁾ (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man über den Haushalt zum Themenbereich Arbeitsmarktpolitik redet, muss man sich die aktuellen Zahlen und nicht die Entwicklungen von gestern ansehen. Die BA hat gerade für den Januar vorgelegt, dass nicht nur die saisonal bedingten Probleme – das kalte Wetter im Dezember – NRW hart erwischt haben, sondern auch die konjunkturellen Auswirkungen mit 781.000 Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen angekommen sind. Das ist eine große Last, die im kommenden Jahr auf uns liegt.

Uns allen ist klar, dass die Arbeitslosenzahlen noch weiter drastisch ansteigen werden, weil Nordrhein-Westfalen Exportland ist. Da reicht es nicht, einfach in den Spuren von gestern weiterzudenken und zu

argumentieren, welche wunderbaren Zahlen vielleicht mal kurzfristig am nordrhein-westfälischen Horizont zu sehen wären, sondern jetzt sind andere Maßnahmen notwendig. Zu der Arbeitslosigkeit kommen in Nordrhein-Westfalen noch 45.000 Menschen in Kurzarbeit hinzu.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Im Januar!)

– Im Januar. – Da Kurzarbeit nicht in allen Situationen absolut unproblematisch ist, befinden sie sich zum Teil in einer relativ prekären Lage. Sie ist zwar besser als Arbeitslosigkeit, vor allem dann, wenn sie mit Qualifizierung einhergeht, aber trotzdem müssen wir mehr Angebote und mehr Lösungen schaffen. Wir haben in der Debatte zum Wirtschaftsteil des Haushalts aus unserer Sicht schon einiges zum Konjunkturprogramm gesagt und dass das, was in Nordrhein-Westfalen in dem Bereich läuft, nicht ausreichend ist.

Wenn wir uns weiter ansehen, wer die Zielgruppen sind und was passiert, ist die Zunahme bei den unter 25-Jährigen ganz massiv. Ferner haben wir ein sehr großes Problem bei den über 50-Jährigen und den über 55-Jährigen. Das heißt, hier entstehen wieder bestimmte Problemgruppenbereiche. Dann muss man sich fragen, was in dem Bereich passiert.

Auch klar ist, dass die Zunahme im Bereich der Arbeitslosen mit Arbeitslosengeld I stärker ist, und zwar fünfmal höher. Beim Arbeitslosengeld II ist die Zunahme im Moment geringer. Das heißt: Die Leute, die jetzt arbeitslos werden, sind solche, die aus einem festen Beschäftigungsverhältnis heraus kommen.

Was heißt das? – Es bedeutet, dass diejenigen, die sich derzeit in Langzeitarbeitslosigkeit befinden, noch schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt haben werden, als es schon bisher der Fall war, weil die neuen Erwerbslosen, die hinzukommen, schneller wieder in den Arbeitsmarkt integrierbar sind, wenn es Möglichkeiten gibt.

In dieser Situation, in der man weiß, dass es gerade ältere arbeitslose Menschen und Menschen, die lange arbeitslos sind, schwer haben werden, und vor dem Hintergrund, dass bei den Gerichten, auch in Nordrhein-Westfalen, immer mehr Verfahren gegen Bescheide der Regelsätze geführt werden, die von den Argen oder den Aktionskommunen bewilligt werden, und dass in Gerichtsverfahren immer öfter zu Recht der Kläger entschieden wird, schließt der Sozial- und Arbeitsminister von Nordrhein-Westfalen die Arbeitslosenzentren.

Ich finde das nicht nur zynisch, sondern extrem problematisch. Sie setzen sich im Ausschuss hin und sagen: Das ist alles kein Problem, wir ziehen uns aus der Finanzierung heraus, und alles geht in Nordrhein-Westfalen weiter. – Das ist aber nicht der Fall, das ist nicht passiert. Sondern wir haben Arbeitslosenzentren, die geschlossen werden mussten, und solche, die reduziert haben. Wir haben

welche, bei denen es zwar Teilfinanzierungslösungen gibt, aber dort sind Aufgaben weggefallen und komplette Beratungsbereiche weggefallen. Wir haben zum Teil Arbeitslosenzentren, die in eine Arge integriert sind und bei denen man sagen kann, das ist das Gegenteil einer unabhängigen Beratung. Ich finde es an der Stelle zynisch, die Mittel für diese Arbeitslosenzentren zu streichen und zu sagen, hierauf setzen wir kein Gewicht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

In Zeiten, in denen die Menschen von Prekariat bedroht sind, wo Arbeitslosigkeit als Bedrohung im Raum steht, wo die Arbeitslosenzahl zunimmt und wo gerade von denjenigen, von denen man eigentlich die Hilfe und die Unterstützung bekommen sollte, immer mehr falsche Bescheide kommen, da brauchen die Leute mehr Angebote an Selbsthilfeberatung, mehr Unterstützung vor Ort, mehr Anlaufstellen und nicht weniger. Das ist das Gegenteil dessen, was Sie als Sozialminister machen: sich hinzustellen und zu sagen, wir setzen halt andere Prioritäten.

Der Europäische Sozialfonds heißt so, weil er auch eine sozialpolitische Komponente in dem Bereich haben soll, weil genau die Schwächsten in den europäischen Ländern unterstützt werden sollen. Er heißt nicht Ausbildungsfonds. Ich habe schon oft an dieser Stelle gesagt: Es ist gut, wenn man etwas für Jugendliche tut, aber wir als Land müssen nicht für die Ausbildungsmisere der Unternehmen eintreten. Das haben Sie aber mit einem großen Teil der Mittel gemacht, anstatt die Unternehmen in die Pflicht zu nehmen. Das ist einfach der falsche Weg. Da haben Sie gekniffen und den Unternehmen nicht die Stirn geboten, dass sie die Ausbildungsplätze schaffen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Auch wenn das der Hauptbereich ist, zu dem wir unseren Antrag gestellt haben, dass die Mittel für die Arbeitslosenzentren wieder eingestellt werden müssen, ist das aber nicht der einzige Bereich, der in der Arbeitsmarktpolitik problematisch ist. Sie haben Ihre Prioritäten auch in anderen Bereichen verschoben. Das erfolgreichste Arbeitsmarktprogramm, was wir in Nordrhein-Westfalen hatten, war das Programm zur Wiedereingliederung von Frauen nach der Familienphase. Dieses Programm haben Sie in der Form gestrichen.

(Minister Karl-Josef Laumann: Das gibt es doch noch!)

– Nein, das gibt es nicht mehr. Schauen Sie sich doch einmal Ihren eigenen Haushalt an!

(Minister Karl-Josef Laumann: Selbstverständlich!)

Das Wiedereingliederungsprogramm gibt es in dieser Form nicht mehr. Dieses Programm zur Rückkehr der Frauen in den Arbeitsmarkt gibt es an dieser Stelle nicht mehr.

(Minister Karl-Josef Laumann: Nein!)

Wir wollen, dass das wieder eingesetzt wird und dass diese Personengruppe die Unterstützung und die Hilfe bekommt, die sie braucht. Das machen Sie aber nicht. Sondern Sie haben, wie Sie schon oft gesagt haben, mit diesem Themenbereich nicht so viel zu tun.

Es gibt keine frauenspezifischen Programme mehr. Das hat der entsprechende Mitarbeiter, der gerade neben Ihnen sitzt, im Ausschuss deutlich gesagt. Die Frauensachen sind eingezogen; es gibt sie nur noch als Querschnittsziele. Aber als Querschnittsziele sind sie sehr abstrakt, und sie finden sich in den Bereichen nicht mehr. Ich frage immer wieder nach Zahlen, wie viele Mittel zur Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt verwandt werden. Dann müssen Sie immer wieder passen und sagen, die Datengrundlage fehlt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir möchten, dass diese Bereiche ergänzt werden, aber auch, dass der Bereich der Projektentwicklerinnen wieder aufgenommen wird.

Ich möchte aber nicht nur über diejenigen reden, die die Beratung brauchen, sondern es gibt einen weiteren Bereich von Personen. Kollege Schmelzer hat eben den neuen IAB-Bericht 2/2009, der uns auf dem Tisch liegt, angesprochen. Darin haben wir schwarz auf weiß das, was oft an vielen Stellen von den Koalitionsfraktionen geleugnet wird, nämlich dass die Anzahl derjenigen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen und trotzdem auf SGB-II-Leistungen angewiesen sind, massiv zunimmt. Und auch die Argumentation, die immer wieder angeführt wird, das seien doch diejenigen, die Kinder und Familien haben, wird widerlegt, weil die Anzahl der Single-Bedarfsgemeinschaften, die aufstocken, am größten ist.

Das heißt, wir haben immer mehr Menschen, die nur für sich alleine und ihren Unterhalt arbeiten, aber von ihrem Einkommen nicht mehr leben können. Da kann ich an diejenigen, die das die ganze Zeit blockieren, nur sagen: Der Mindestlohn ist zwar nicht das einzige arbeitsmarktpolitische Instrument, aber es ist ein arbeitsmarktpolitisches Instrument, das längst überfällig ist. An der Stelle können Sie sich nicht weiter sperren!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie sagen immer wieder, Tarifabschlüsse seien Klasse. Zur Leih- und Zeitarbeit können wir aber in der Studie des Ministers nachlesen, dass es sogar Tarifabschlüsse gibt, die weit unterhalb dessen liegen, was eigentlich eine Existenzsicherung ist, deren Tarifabschlüsse über 43 % niedriger sind als die Lohnabkommen der Metallindustrie. Das kann man sich gar nicht vorstellen, wie niedrig das ist.

Es sind gerade die christlichen Gewerkschaften, die gerne weit unter die Schublade des Mindestlohns

oder dessen, was als Mindeststandard zum Leben notwendig ist, greifen. Da kann man nicht immer nur Schönwetterreden halten und als Minister sagen, das sei schrecklich und furchtbar, was die christlichen Gewerkschaften machten, sondern man muss Taten folgen lassen und sich dafür einsetzen, dass wir einen generellen Mindestlohn bekommen. Denn jeder Mensch muss das Recht haben, dass, wenn er eine Vollzeitstelle hat und seine Arbeitskraft zur Verfügung stellt, er davon auch leben kann, dass er seine Nahrung und seine Wohnung bezahlen und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen kann.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Da haben Sie, meine ich, noch einiges nachzuarbeiten. Ihre Arbeitsmarktpolitik besteht aus Reden, aus kleinen Schritten, die an vielen Stellen nicht falsch sind. Dazu kann ich auch sagen: Es ist richtig, dass Sie das machen. – Aber bei den Schritten, die wirklich notwendig wären, die den Menschen nachhaltig helfen würden, kneifen Sie. Es mag sein, dass Sie vor Ihrem Koalitionspartner und Ihrer Fraktion kneifen. Denn ich glaube, dass Sie sich angesichts dessen, was Sie sonst an vielen Stellen vertreten, eigentlich hier hinstellen und sagen müssten: Ja, der Mindestlohn ist das richtige Instrument.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. – Als Nächster hat Herr Minister Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich sagen, dass wir heute eine Haushaltsdebatte haben und uns über den Haushalt für Arbeitsmarktpolitik im Land Nordrhein-Westfalen unterhalten. Ich kann als Minister gut mit dem leben, was in der Debatte gesagt worden ist. Denn viele Rednerinnen und Redner der Opposition haben sich eher auf Allgemeinplätze zurückgezogen, als zu diesem Haushalt zu sprechen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Lesen Sie noch einmal nach!)

Die Wahrheit ist, dass der Haushalt, den wir Ihnen für das Jahr 2009 vorlegen, eine Fortsetzung einer neuen Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen ist, die wir im Jahre 2005 begonnen haben: nämlich, in der Arbeitsmarktpolitik von unheimlich vielen Modellprojekten Abschied zu nehmen und zu großen Programmlinien zu kommen, die den Menschen in Nordrhein-Westfalen eine verlässliche Orientierung geben sollen, wenn sie Probleme auf dem Arbeitsmarkt haben.

Diese Programmlinien, die wir entwickelt haben, haben einen tiefen Sinn. Ich kann mit der Arbeitsmarktpolitik keine Arbeitsplätze schaffen, die nicht

da sind, sondern ich kann mit der Arbeitsmarktpolitik einen Beitrag dazu leisten, dass Menschen eine faire Chance durch Bildung, Qualifizierung und Teilhabe an Arbeit haben.

Deswegen ist es ein Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen, auch im Jahre 2009 die vielen Programme fortzusetzen, die wir rund um den Bereich des Übergangs von Schule in den Beruf und im Bereich des dualen Berufsausbildungssystems durchführen.

Das Lehrstellenprogramm, das wir vor zwei Jahren aufgelegt haben – immerhin gibt es 3.300 Lehrlinge, die jetzt alle im zweiten Lehrjahr sind –, muss weiterfinanziert werden. Wir sorgen damit auch dafür, dass die überbetrieblichen Ausbildungswerkstätten des Handwerks und der Industrie- und Handelskammern mit erheblichen Summen unterstützt werden, um ihre wichtige Aufgabe zur Ergänzung des dualen Berufsausbildungssystems wahrzunehmen.

Das Werkstattjahr gibt denjenigen, die noch keine Chance auf eine Lehrstelle haben, nach Beendigung der allgemeinen Schulpflicht die Möglichkeit, neben zwei Tagen Berufsschulbesuch pro Woche auch drei Tage in eine Werkstatt zu gehen – ein Programm, das es zu Ihrer Zeit gar nicht gab, weil Sie sich um die Leute nicht gekümmert haben. Das Werkstattjahr mit mehr als 5.000 Jugendlichen in unserem Land wird konsequent fortgeführt.

Ich bleibe dabei, dass man in Nordrhein-Westfalen keine Arbeitsmarktpolitik von Modell zu Modell machen darf, sondern in einem Land mit 18 Millionen Einwohnern braucht man dafür klare Strukturen und klare Programmlinien.

(Beifall von CDU und FDP)

Ein weiterer Punkt unserer Arbeitsmarktpolitik ist die nachhaltige Qualifizierung von Menschen, die in Arbeit sind. Der Bildungsscheck in Nordrhein-Westfalen mit jetzt mehr als 200.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist die größte Weiterbildungsoffensive, die es im Bereich der beruflichen Weiterbildung je in Europa gegeben hat. Ich finde schon, dass das ein Instrument geworden ist, bei dem wir erheblich daran mitgewirkt haben, dass wir das Thema lebenslanges Lernen breit in der Arbeitnehmerschaft unseres Landes verankern.

Ein weiterer Punkt in unserer Arbeitsmarktpolitik ist, dass wir Unternehmen helfen, wenn sie in den Betriebsabläufen Probleme haben, etwa durch die Potenzialberatung. Diese Unternehmensberatung ist nicht darauf angelegt zu sagen, ihr seid zu teuer und solltet an einen anderen Standort gehen, sondern es geht um eine inhaltlich vorbestimmte Unternehmensberatung mit dem Ziel, es an dem Standort, an dem man ist, mit den vorhandenen Belegschaften besser zu machen. Das zeigt enorme Wirkungen.

Ich werde an diesen Programmlinien Schritt für Schritt weiter festhalten. Ich werde Ihre Politik, die Sie früher gemacht haben, als Sie von Modellprojekt zu Modellprojekt gehüpft sind, nicht wieder einführen. Die neuen Linien haben sich bewährt.

(Beifall von CDU und FDP)

Ein weiterer Punkt: Arbeitsmarktpolitik und Landesarbeitsminister hängen so zusammen, dass man sich auch in gesellschaftspolitische Debatten einmischen muss, wenn es um die Arbeitswelt geht. Natürlich – viele Redner haben es heute gesagt – ist die Frage der Lohnfindung dabei ein entscheidendes Thema. Auch hier ist die Position der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen unabdingbar klar: Wir wollen keinen staatlichen Mindestlohn. Wir wollen soziale Marktwirtschaft, und das heißt, dass die Lohnfindung bei den Tarifvertragsparteien liegt.

(Beifall von CDU und FDP)

Deswegen haben wir in meinem Haus eine Politik gemacht, bei der wir uns erheblich bemüht haben, dass Tarifverträge da, wo sie in Nordrhein-Westfalen nicht mehr vorhanden waren, wieder zustande kommen. Ich freue mich darüber, dass wir im Gaststättenbereich, bei den Friseuren und beim Wachgewerbe heute Tarifverträge haben. Ich habe diese Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wie Ihre Vorgänger!)

Damit sind in Nordrhein-Westfalen ca. 230.000 Menschen nicht nur durch staatlich festgelegte Mindestlöhne, sondern durch in den Branchen festgelegte Mindestlöhne heute vor Lohndumping geschützt.

(Beifall von der CDU)

Wenn Sie jetzt richtigerweise sagen – darüber freue ich mich auch –, dass das Entsendegesetz in Berlin weitere Branchen aufnimmt. Auch hierzu hat die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen eine klare Position. Wir haben schon damals in der Auseinandersetzung um den Post-Mindestlohn im Kabinett ganz klar entschieden, dass wir in Ausnahmefällen auch die Aufnahme von Branchen ins Entsendegesetz für richtig halten. Das steht im Protokoll der damaligen Kabinettsitzung.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Waren die FDP-Minister da nicht da?)

Aber zu dem, was Sie zurzeit über das Entsendegesetz in Berlin sagen: So richtig wie das ist, dass diese fünf Branchen aufgenommen werden – von diesen fünf Branchen werden in Nordrhein-Westfalen nicht so viele Arbeitnehmer erfasst wie durch die Allgemeinverbindlichkeiten, die ich in den letzten drei Jahren gemacht habe.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wie Ihre Vorgänger!)

Aber trotzdem ist es richtig. Der Unterschied ist nur: Scholz kommt jetzt um die Ecke, und wir haben es bei uns im Land schon längst gemacht.

(Beifall von der CDU)

Ein weiterer Punkt, den man in diesem Zusammenhang ansprechen muss und der in einer Haushaltsdebatte zu Beginn des Jahres 2009 nicht fehlen darf, ist, dass wir natürlich nicht wissen, wie der Arbeitsmarkt im Sommer aussehen wird. Ich weiß es nicht. Ich glaube, dass es niemand weiß. Aber ich finde, wenn man jetzt im Januar 2009 weniger Arbeitslose hat als im Januar 2008 – im Januar 2008 gab es in Nordrhein-Westfalen rund 800.000 Arbeitslose, jetzt haben wir rund 781.000 –, dann will ich in aller Ruhe sagen, dass die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen vor zwölf Monaten höher war als im Januar 2009.

Es ist wichtig, dass man das in der heutigen Zeit einmal sagt. Denn dem Arbeitsmarkt schadet nichts mehr, als eine Krise zu überhöhen. Man muss sich die Fakten in aller Ruhe anschauen und im Auge behalten.

Ich weiß, dass es in dieser Situation die Aufgabe meines Ministeriums sein wird, die Möglichkeiten, die die Bundesagentur für Arbeit etwa beim Kurzarbeitergeld hat, in Nordrhein-Westfalen in den Strukturen so zu gestalten, dass auch die kleinen und mittelständischen Betriebe davon profitieren können. Die großen Betriebe bekommen das so hin. Aber wir brauchen zum Beispiel ein Angebot für den Anstreicher, der zwölf Mitarbeiter hat, damit er auch davon profitieren kann, wenn er Probleme hat. Darum werden wir uns in den nächsten Wochen zusammen mit der Regionaldirektion der Bundesagentur in Nordrhein-Westfalen sehr bemühen.

Zum Schluss möchte ich gerne sagen: Wir haben auch in der Arbeitsmarktpolitik der Zukunft noch einiges vor uns, wozu ich auch nicht immer eine Antwort habe. Ich suche nach Lösungen, wie wir es schaffen, zum Beispiel den ca. 7.000 Abgängern von Förderschulen, die wir in Nordrhein-Westfalen Jahr für Jahr haben, stärker eine berufliche Integration zu ermöglichen. Mich treibt um, dass Kinder zum Beispiel aus der Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen so gut wie keine berufliche Perspektive haben. Liebe Leute, wir müssen doch etwas ausfindig machen, dass die Jugendlichen auch ihren Platz in der Arbeitswelt finden. Uns liegen darüber zu wenige Daten vor – darum hat sich auch bis jetzt niemand gekümmert –, aber wir werden dieses Thema konsequent anpacken.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Ich nenne Ihnen einen weiteren Punkt, um den ich mich in den nächsten Monaten sehr kümmern werde und was mir ein Herzensanliegen ist. Ich habe Ende des letzten Jahres eine dreitägige Reise in die Türkei gemacht, um mich über die dortige Be-

rufsausbildung zu informieren. Mich treibt schon um, dass etwa 75 % der jungen türkischen Männer in Nordrhein-Westfalen keinen beruflichen Abschluss haben. Wir müssen es – ohne gegenseitige Vorwürfe – gemeinsam schaffen,

(Sylvia Lohrmann [GRÜNE]: Fahren Sie mal nach Toronto!)

auch für diesen wichtigen Anteil unter den jungen Menschen in unserer Gesellschaft eine gute berufliche Perspektive hinzubekommen. Denn über eines sollten wir uns im Klaren sein: Die Frage, ob wir in Nordrhein-Westfalen in 15 Jahren noch gut leben, hängt entscheidend damit zusammen, ob die Kinder, die heute in unseren Grundschulen sind, vernünftige Berufsabschlüsse erhalten oder nicht.

(Beifall von CDU und Holger Ellerbrock [FDP])

Aber wenn wir so weitermachen, gelingt es vielen Kindern etwa aus Migrationshaushalten nicht. Mit Billiglohnleuten, mit ungelerten Arbeitnehmern werden wir unseren Wohlstand nicht verteidigen.

(Beifall von der CDU)

Wenn 38 % der Kinder im ersten Schuljahr einen solchen Hintergrund haben, dann muss man sich darum kümmern. Die Schulministerin tut alles, was notwendig ist – eine erhebliche Veränderung, für die ich als Arbeitsminister dankbar bin.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das war jetzt Wunschdenken! – Gerda Kieninger [SPD]: Das hätten Sie gerne!)

In der Bildungspolitik, aber auch in der Arbeitsmarktpolitik müssen wir uns kümmern, dass diese jungen Leute eine Lehrstelle und einen Gesellenbrief bekommen. Wenn sie den haben, werden sie, glaube ich, eine gute Zukunft in unserem Land haben und ihren Beitrag dazu leisten können, dass es uns in Nordrhein-Westfalen in 15 Jahren noch gut geht.

Deswegen ist der Arbeitsminister gar nicht darauf aus, mit Modellprojekten schnelle Erfolge zu erzielen, sondern meine Politik ist – wie es sich für einen richtigen Konservativen gehört – auf Langfristigkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtet. Weil die Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen nur gelegentlich wechseln, habe ich auch die Zeit, dieses Schritt für Schritt umzusetzen. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Als Nächster spricht der fraktionslose Abgeordnete Sagel.

Rüdiger Sagel^{*)} (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Zunächst muss man feststellen, dass wir jetzt NRW in der Krise erleben.

Wir hatten einen Aufschwung, für den Sie von den Koalitionsfraktionen nicht verantwortlich waren. Sie können sich natürlich mit Zahlen brüsten, für die Sie letztlich nichts können.

Fakt ist: Wir haben mittlerweile über 800.000 Menschen, die arbeitslos oder von Kurzarbeit betroffen sind. Ministerpräsident Rüttgers ist nicht mehr der selbst ernannte Arbeiterführer, sondern der Führer der Arbeitslosen. Das ist die reale Situation in Nordrhein-Westfalen.

Eines muss man auch sehr deutlich sagen: Die Zahlen, die Sie hier vortragen, sind ein Witz, denn es sind frisierte Statistiken. Ganz viele Menschen, die in Qualifizierungsmaßnahmen, Praktika oder sonstigen Situationen sind, erscheinen in dieser Statistik nicht. In Wirklichkeit sind weit mehr als eine Million Menschen in Nordrhein-Westfalen betroffen.

Das ist die eigentliche und tatsächliche Situation. Von daher ist das, was Sie heute vorgetragen haben, ehrlich gesagt nur ein Witz, Herr Laumann.

Wenn wir über den Haushalt reden sollen, muss man feststellen: Arbeitsmarktpolitik findet in Ihrem Haushalt faktisch gar nicht mehr statt. Sie haben nach und nach alle Programme zurückgefahren. Das ist die konkrete Situation. Die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik in NRW ist mit diesem Haushalt endgültig zu Grabe getragen worden.

Die Arbeitslosen und die prekär Beschäftigten, die nicht einmal existenzsichernde Löhne erhalten, sondern auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen sind – das sind insgesamt mehr als eine Million Menschen in Nordrhein-Westfalen – haben die Botschaft des Sozialräubers Rüttgers und seines Gesellen Laumann sehr wohl verstanden. Die Forderung nach Mindestlöhnen bleibt natürlich. 7,50 € reichen bei Weitem nicht aus.

Wir brauchen einen öffentlichen Beschäftigungssetzer, denn es wird vielen Menschen nicht die Möglichkeit gegeben sein, wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu kommen. Wir brauchen öffentliche Beschäftigung gerade im Gesundheits- und im Umweltbereich, aber auch in der Altenpflege. In vielen Bereichen kann und muss eine Menge mehr getan werden.

Das Ende der Arbeitslosenberatung, das Schließen der Beratungsstellen infolge des Wegfalls der Landesförderung und damit auch das Ende dieser Arbeitsplätze, ist ein sozialer Kahlschlag. Das drückt die ganze Kälte Ihrer Politik aus.

(Widerspruch von Minister Karl-Josef Laumann)

Der Kahlschlag bei den Arbeitslosenzentren ist aus Sicht der Linken völlig unerträglich. Er ist aber auch eine Folge der Hartz-Gesetze von SPD, Grünen, CDU und FDP.

(Dr. Stefan Romberg [FDP]: Nein, nicht die FDP!)

Die CDU bringt es nur auf den Punkt: Sie will nicht fördern, was ihr schadet. Von daher will sie die Hartz-IV-Empfänger möglichst uninformiert lassen. Das ist die konkrete Politik. Es gibt auch Abgeordnete von Ihnen, die das ebenfalls so deutlich ausdrücken.

(Peter Brakelmann [CDU]: Ach Herr Sagel!)

Auch in NRW hat Hartz IV zu einem Flächenbrand geführt. Über eine Million Menschen sind davon betroffen. Dazu zählen vor allem viele Kinder in Nordrhein-Westfalen, nämlich über 500.000. Das sind die Arbeitslosen der Zukunft. Das wird die reale Perspektive dieser Menschen sein. Hier schaffen Sie die Arbeitslosigkeit der Zukunft. Ich kann ehrlich gesagt nicht erkennen, dass Sie einen anderen Weg beschreiten – ganz im Gegenteil: Sie machen es nur noch immer schlimmer. Gemäß Ihrem neoliberalen Motto „Privat vor Staat“

(Holger Ellerbrock [FDP]: Ja!)

setzen Sie auch unvermindert weiter Ihren Rotstift an. Das ist die konkrete Politik, die wir bei der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in NRW erleben.

(Minister Karl-Josef Laumann: Diese Rede glaubt Ihnen nicht einmal Ihre Großmutter!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr für den Teilbereich Arbeit vor.

Damit kommen wir zum

Teilbereich Gesundheit und Soziales

Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Gebhard.

(Minister Karl-Josef Laumann: Lob mich mal! Das tut mir auch gut!)

Heike Gebhard (SPD): – Ich glaube, im Ausschuss machen wir das viel zu oft.

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Haushaltsdebatten stehen in den Medien in dem Ruf, die Stunde der Opposition zu sein. Manchmal werden sie sogar als Stunde der Abrechnung bezeichnet. In der Tat ist es meines Erachtens die Pflicht der Opposition, für die Menschen in unserem Land zu überprüfen, ob sich die vielen vollmundigen Versprechungen der Landesregierung im Haushalt wiederfinden oder nicht. Genau das will ich hier und heute tun. Derjenige, dessen Blick nicht durch die schwarze oder gelbe Brille getrübt ist, wird die Dis-

krepanz zwischen Reden und Tun unschwer feststellen.

Erstens. Herr Minister, Sie stellen immer wieder heraus, wie wichtig die Arbeit der freien Wohlfahrts- pflege und die damit verbundene ehrenamtliche Tätigkeit sind. Wie wir alle wissen, stammen die Zuschüsse des Landes an die in der Arbeitsge- meinschaft der Spitzenverbände der freien Wohl- fahrtspflege zusammengeschlossenen Organisatio- nen im Wesentlichen aus Erlösen aus Wett- und Glücksspielen. Die Verbände hängen also von der Höhe dieser Erträge ab.

Bereits zu dem Zeitpunkt, als Sie dafür gesorgt haben, dass die Erträge in den Landeshaushalt eingepflegt wurden, zeichnete sich ab, dass sie kontinuierlich zurückgehen werden. Der nun vorlie- gende Landeshaushalt bestätigt das, denn er ent- hält eine Kürzung von fast 500.000 €. Er enthält aber keine Kompensation vonseiten des Landes.

Ich frage Sie, Herr Minister: Wie halten Sie es mit Ihren Ankündigungen und Belobigungen der Arbeit der Wohlfahrtspflege, wenn Sie nicht gleichzeitig selber Geld in die Hand nehmen, um zukünftig si- cherzustellen, dass die Verbände die Aufgaben, die sie für den Staat subsidiär wahrnehmen, auch tat- sächlich erfüllen können?

Zweitens. Herr Minister, Sie bezeichnen die Behin- dertenpolitik insbesondere auf Veranstaltungen für und mit Behinderten immer als Königsdisziplin der Sozialpolitik. Wenn das in Ihren Augen so ist, frage ich mich, warum sich das nicht im Landeshaushalt wiederfindet. Erzählen Sie uns nicht, Sie hätten den Ansatz für die gesellschaftliche Integration von be- hinderten Menschen um 800.000 € erhöht. Dieses Argument heben Sie sich bitte für Ahnungslose auf. Das Zusammenführen zweier Titel unter Beibehal- tung aller Aufgaben ist nämlich keine Vermehrung von Geld.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn Ihnen die gesellschaftliche Integration von behinderten Menschen wirklich wichtig ist, frage ich Sie, warum Sie bei Ihrem Kabinettskollegen Baum- nister nicht durchsetzen, dass er mehr Mittel für die Schaffung barrierefreien Wohnens bereitstellt. Wa- rum sorgen Sie bei Ihrem Kabinettskollegen Kin- derminister nicht dafür, dass die Anerkennung und damit die Förderung einer Behinderung auch noch nach dem Eintritt in eine Kindertagesstätte erfolgt?

Aus meiner zehnjährigen Tätigkeit als Elternratsvor- sitzende einer Kita weiß ich, dass oft erst die Erzie- herinnen Eltern darauf aufmerksam machen, dass ihr Kind wohl eine besondere Förderung benötigt, die es abzuklären gilt. Sie sind es, die den Eltern Wege aufzeigen, wo und wie sie Unterstützung erfahren können. Je früher die Kinder Kitas besu- chen, desto mehr wird die Feststellung von Behin- dierungen in vielen Fällen erst nach dem Eintritt in die Kita erfolgen.

Drittens. Herr Minister, im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales haben Sie ausgeführt, dass Sie entschieden der Meinung sind, dass für die Armutsbekämpfung das Sozialministerium eines Landes zuständig ist. Deshalb sei das Landesprogramm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ vom Schuletat auf den Sozialetat übergegangen. So ist es auch im Ausschussprotokoll festgehalten. Ich frage Sie: Ist in Ihren Augen die Bekämpfung der Wohnungslosigkeit nicht auch Armutsbekämpfung? Warum haben Sie dann dafür im Sozialetat nicht die Verantwortung übernommen?

(Beifall von der SPD)

Wie konnten Sie es zulassen, dass Ihr Kabinettskollege den kompletten Titel streicht und mit der Ausfinanzierung der bereits bewilligten Projekte in Höhe von 300.000 € den Familienhilfeeetat zu drei Vierteln in Anspruch nimmt,

(Widerspruch von Walter Kern [CDU])

also diesen Etat quasi um diesen Betrag kürzt, und somit nur noch ein Viertel für den originären Bereich zur Verfügung steht? Heute Abend werden wir bei der Beratung des Eilantrages ja noch Gelegenheit haben, näher darauf einzugehen.

Mit Verlaub, meine Damen und Herren von CDU und FDP: Dass Sie nach der Anhörung in der letzten Woche zu diesem Thema mit Ihrem Änderungsantrag das Auslaufen dieser Förderung faktisch noch bestätigen, macht mich fassungslos.

Nicht fassungslos, sondern zornig macht mich, dass Ihr oberster Chef öffentlichkeitswirksam die Schirmherrschaft für den Verein „Gemeinsam gegen Kälte“ übernimmt und Sie gleichzeitig die Chuzpe haben, diesen Verein und allen anderen zukünftigen Wohnungslosenprojekten die Förderung komplett zu streichen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von Minister Karl-Josef Laumann)

Wenn der Ministerpräsident unseres Landes auch nur ein Fünkchen Anstand besäße, würde er entweder seinem Fachminister die Streichung dieser Mittel untersagen oder aber die Schirmherrschaft zurückgeben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Minister Karl-Josef Laumann: Wir reden gerade über den Haushalt!)

– Das ist Sache des Haushaltes. Sie wollen doch die Armutsbekämpfung in Ihrem Haushalt haben. Dann kümmern Sie sich auch um diese Sache.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Schauen Sie sich unseren entsprechenden Änderungsantrag zum Haushalt genau an.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Kommen wir nun zu einem meiner Lieblingsthemen, der Krankenhausfinanzierung.

(Minister Karl-Josef Laumann: Das ist gut so!)

– Ja, das finde ich auch; immer wieder gern. – Während die Bundesebene mehr Mittel für die Krankenhäuser bereitstellt, hält die Landesregierung für den Teil, für den sie Verantwortung trägt, nämlich für die Krankenhausinvestitionen, nicht einmal das Niveau des Vorjahres.

Wer nicht mit den anderen Bundesländern nach einem Weg sucht, um mehr Mittel nach Nordrhein-Westfalen fließen zu lassen, sondern um der Schlagzeilen willen in den heimischen Medien nur auf Konfrontation macht, verhält sich pharisäerhaft. Statt in Berlin die Backen aufzuplustern und das Gegenteil dessen zu erreichen, was Sie vorgeben, erreichen zu wollen, sollten Sie lieber hier in Nordrhein-Westfalen Ihre Hausaufgaben machen.

Zu unserem Bedauern hat der nordrhein-westfälische Finanzminister sich zulasten unserer Kommunen 30 % der Bundesmittel im Rahmen des Konjunkturpaketes II gesichert. Dabei geht es immerhin um 840 Millionen € und zusätzlich 210 Millionen €, die das Land dazutun muss. Eine Reihe Ihrer Kabinettskollegen haben bereits „Hier!“ geschrien.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das können sie immer schnell!)

Von Ihnen war am 14. Januar 2009 in der „Rheinischen Post“ nur zu lesen, dass Sie Geld für die Sanierung katholischer Krankenhäuser verwenden möchten. Ich frage Sie: Welchen Anteil werden Sie denn für die Krankenhäuser aus diesem Topf sichern? Welches Standing haben Sie im Kabinett? Was werden Sie für die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen ausschlagen?

(Zuruf von der CDU: Er ist ein Schwergewicht!)

– Das werden wir ja sehen. Vielleicht hören wir gleich auch, welche Summe er hier in den Raum stellt.

Bei der ersten Runde der Baupauschale sind bekanntlich mehr als die Hälfte der Krankenhäuser leer ausgegangen. Können sie jetzt mit einer Förderung rechnen? Diese Frage dürfte alle Krankenhäuser im Lande interessieren.

(Beifall von der SPD)

Als letzten Punkt möchte ich die Untätigkeit im Bereich der psychiatrischen Versorgung ansprechen. Vor fast genau zwei Jahren – lassen Sie sich das auf der Zunge zergehen – wurde uns in der Anhörung zum Thema „Psychiatrie in NRW“ von allen Experten aufgezeigt, dass es in keinem anderen medizinischen Teilgebiet eine so dramatische Unterversorgung wie in der Kinder- und Jugendpsychiatrie gibt.

Der Ärztliche Direktor des Westfälischen Instituts Hamm führte beispielsweise aus, dass nur ca. 10 % der behandlungsbedürftigen Kinder und Jugendlichen kinder- und jugendpsychiatrisch adäquat versorgt würden. In vielen Regionen beständen Wartezeiten von sechs Monaten. Ursächlich für die Unterversorgung sei, dass die gegenwärtige Bedarfsplanung sich nicht an epidemiologischen Daten orientiere.

Was haben Sie getan? Acht Monate nach dieser Anhörung haben Sie den Mitgliedern der Arbeitsgruppe Krankenhausplanung Psychiatrie mitteilen lassen, dass Sie die Diskussion über zukünftige Eckwerte für die psychiatrische Krankenhausplanung aussetzen. Aussetzen ist eine gute Hilfestellung. Das kann man wirklich nur als Zynismus bezeichnen.

Zum Teil existieren seit 2003 Anträge auf Ausbau von stationären und teilstationären Plätzen – darunter solche, die sogar nach alten Kriterien, also noch ohne epidemiologische Daten, genehmigungsfähig sind und deren Notwendigkeit von den Kostenträgern auch schriftlich anerkannt ist.

Doch was ist passiert? Nichts. Heute, zwei Jahre später, ist die Versorgung nicht einen Deut besser. Im Gegenteil! Durch Ihr Nichtstun in diesem Bereich hat sie sich sogar noch verschlechtert.

Eine groß angelegte epidemiologische Studie des Robert Koch Instituts hat im letzten Jahr gezeigt, dass in unserem Lande etwa 20 % der Kinder psychische Auffälligkeiten aufweisen. Bei rund 10 % werden behandlungsbedürftige seelische Störungen festgestellt: Angststörungen, Depressionen, ADHS und Störungen des Sozialverhaltens. Das sind ca. 250.000 Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen. Eine schnelle, eine frühzeitige Behandlung ist auch in diesem medizinischen Teilgebiet die kostengünstigste Variante.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, geben Sie sich deshalb, auch wenn es parteipolitisch schwerfällt, um unserer Kinder und Jugendlichen willen einen Ruck, und stimmen Sie unserem bescheidenen Haushaltsänderungsantrag zu. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Gebhard. – Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Monheim.

Ursula Monheim (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Gebhard, ich habe den Eindruck, dass Sie in diesem Haushaltsplan nicht viele Punkte finden, die Sie kritisieren können.

(Heike Gebhard [SPD]: Haben Sie nicht zugehört?)

Deswegen haben Sie sich auf Forderungen eingeschossen, die wir angesichts dieser Haushaltssituation nun wirklich nicht aufgreifen können.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die demografische Entwicklung vorausschauend und für alle Generationen gerecht zu gestalten, ist eine der wichtigsten Querschnittsaufgaben in unserer Gesellschaft. Insbesondere im Gesundheits- und Sozialbereich stellen sich hier große Herausforderungen.

Darum begrüßen wir es ausdrücklich, dass dieses Politikfeld im vorliegenden Haushaltsentwurf nicht nur weitgehend von Kürzungen verschont geblieben ist, sondern neue Akzente gesetzt wurden – und dies trotz einer sehr schwierigen und schwieriger werdenden finanziellen Situation.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen erwarten zu Recht sowohl im Krankenhaus als auch im niedergelassenen Bereich eine gute, qualitativ hochwertige medizinische Versorgung.

Mit dem Haushaltsentwurf 2009 und den beiden Änderungsanträgen von CDU und FDP, in denen wir eine Aufstockung der investiven Mittel fordern, erhalten die Krankenhäuser dieselbe Fördersumme wie in den Jahren davor. Die Einführung der Baupauschale im Krankenhausgestaltungsgesetz ermöglicht es den Krankenhäusern nun, zusätzliches privates Kapital zu mobilisieren. Die Träger können jetzt selbstständig Prioritäten setzen, ohne sich in langwierigen Verfahren mit der Landesregierung abzustimmen.

(Beifall von der CDU)

Sorgen bereiten Entwicklungen im ambulanten Gesundheitsbereich; das wird in vielen Diskussionen sehr deutlich. Hierbei existieren zum Teil große Unterschiede zwischen dem ländlichen Bereich und den Ballungsgebieten. Vor allem die hausärztliche Versorgung in der Fläche könnte schon in wenigen Jahren gefährdet sein. Um dem entgegenzuwirken, hat das Ministerium den „Aktionsplan hausärztliche Versorgung“ in Nordrhein-Westfalen ins Leben gerufen und dafür 1,5 Millionen € zur Verfügung gestellt. Dies ist ein wichtiger und richtiger Schritt zur Sicherstellung der Patientenversorgung, aber wir müssen sicherlich noch sehr viel an dem Thema und auch über finanzielle Mittel hinaus etwas tun.

Ohne ständige Weiterentwicklung kann unser Gesundheitswesen in Nordrhein-Westfalen nicht leistungsfähig bleiben. Darum begrüßen wir die Entscheidung der Landesregierung, den Gesundheitscampus aufzubauen, das Know-how in Nordrhein-Westfalen zu bündeln und innovative Ansätze und Entwicklungen zu fördern. Schon heute ist Nordrhein-Westfalen bundesweit führend in der Entwicklung einer Telematikinfrastruktur für das deutsche Gesundheitswesen. Diese Vorteile gilt es zu nutzen und auszubauen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Politik für Menschen mit Behinderung hat für diese Landesregierung und den zuständigen Minister einen hohen Stellenwert. Das spiegelt der Haushaltsplanentwurf 2009 eindrucksvoll wider. Damit wird auch für das kommende Jahr das Versprechen eingehalten, bei den Maßnahmen für behinderte und pflegebedürftige Menschen nicht zu kürzen. In diesem Zusammenhang betone ich ausdrücklich, dass wir auch in diesem Jahr unser Niveau von 25 Millionen € für die Stiftung Wohlfahrtspflege unangefochten halten können. Dafür ein herzliches Dankeschön!

(Beifall von der CDU)

Nicht zuletzt durch das Wirken der Stiftung Wohlfahrtspflege haben wir in unserem Land ein breit gefächertes Angebot, um Menschen mit Behinderung Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen und ihre Selbstbestimmung zu stärken. Das erfolgreiche Landesprogramm „Teilhabe für alle“ wird in allen Ressorts weiterentwickelt und ständig fortgeschrieben. Mein Kollege Brakelmann hat dabei eben ausführlich den Bereich Arbeit geschildert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Haus ist es Tradition, im Bereich der Pflegepolitik über Fraktionsgrenzen hinweg zusammenzuarbeiten. Dies hat sich auch bei den parlamentarischen Beratungen zum Wohn- und Teilhabegesetz, das zum 1. Januar 2009 in Kraft getreten ist, bewährt.

Rückblickend stelle ich für meine Fraktion fest: Es war eine richtige Entscheidung des Sozialministers, nach der Föderalismusreform vom 1. September 2006 unverzüglich und entschlossen die neue Zuständigkeit des Landes genutzt und ein neues Heimgesetz für Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht zu haben. Noch nie habe ich erlebt, dass ein Gesetz in so intensivem und engem Dialog mit Betroffenen und Experten vor Ort erörtert und entwickelt wurde. Dafür Ihnen, Herr Minister Laumann, und den Mitarbeitern im Ministerium ein herzlicher Dank!

(Beifall von der CDU)

Die Mühe hat sich gelohnt. Schon die Anhörung hat gezeigt, dass das neue Wohn- und Teilhabegesetz hohe Zustimmung findet. Der Name ist Programm. Konsequenter stellt es den Menschen in den Mittelpunkt, richtet sich nach den individuellen Bedarfen an Selbstbestimmung und dem Recht auf ein Leben wie zu Hause aus. Es ist das modernste Heimrecht in der Bundesrepublik, ein wichtiger und zukunftsweisender Schritt zur Gestaltung des demografischen Wandels. Die Umsetzung wird wiederum durch viele Veranstaltungen vor Ort begleitet, um die Chancen des neuen Wohn- und Teilhabegesetzes deutlich zu machen und eventuelle Probleme bei der Umsetzung und Anwendung frühzeitig zu erfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für eine funktionierende Pflegeinfrastruktur ist eine wohnortnahe und kompetente Beratung und Information unverzichtbar. Sie muss vor allem überschaubar sein und fachliche, personelle und finanzielle Ressourcen bündeln. Dabei sind Parallelstrukturen zu vermeiden. Der Fachausschuss hat sich früh mit den im Pflegeweiterentwicklungsgesetz vorgesehenen Pflegestützpunkten beschäftigt und in einer Resolution einvernehmlich gefordert, dass – anders als von Berlin vorgesehen – nicht allein die Pflege- und Krankenkassen zuständig sind, sondern dass sie mit den Kommunen gleichberechtigt zusammenarbeiten sollen. Die uns vorliegende Rahmenvereinbarung über die Errichtung von Pflegestützpunkten dokumentiert, dass dieses Ziel erreicht wurde. Dafür auch an diesem Punkt Anerkennung für Sie, Herr Minister Laumann!

Nordrhein-Westfalen setzt hier deutlich eigene Akzente und verpflichtet die Akteure zur vertrauensvollen Kooperation zum Wohle der pflegebedürftigen Menschen und der sie pflegenden Angehörigen. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen, kranke, ältere und pflegebedürftige sowie Menschen mit Behinderung, haben in der Landesregierung und in den sie tragenden Fraktionen verlässliche Partner. Das dokumentiert der Haushaltsplanentwurf 2009, das zeigen die Aktivitäten wie das Wohn- und Teilhabegesetz und der Umgang mit dem Thema Pflegestützpunkte. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Monheim. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Dr. Romberg das Wort.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass auch in diesem Jahr eines der wichtigsten Ziele der Gesundheitspolitik des Landes im Ausbau und der Weiterentwicklung der Prävention liegt. Ob man auf diese Weise Kosten im Gesundheitssystem senken kann, ist zumindest bei einigen Fachleuten umstritten, aber ganz sicher ist es ein Mehrwert an Lebensqualität, wenn Krankheiten verhindert oder deren Folgen reduziert werden können. Deshalb ist es wichtig, sich gerade in einer älter werdenden Gesellschaft zu engagieren und die Gesundheitsversorgung auch jenseits der medizinischen Leistungen stärker einzubeziehen.

Aufmerksam machen möchte ich besonders auf den Themenbereich Gesundheit von Mutter und Kind, und zwar gerade während der Schwangerschaft. Ich habe am Ende des vergangenen Jahres darauf hingewiesen, dass eine gewisse Sorglosigkeit beim Genuss von Alkohol und Nikotin während der Schwangerschaft herrscht, die negativen Folgen auch bei geringen Mengen jedoch vielfach unterschätzt werden.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Deshalb haben Sie ein solches Nichtraucherchutzgesetz gemacht!)

Das liegt auch daran, dass Schädigungen eines Kindes vergleichsweise selten in Verbindung mit diesen Konsumgütern gebracht werden und die betroffenen Kinder oftmals keine angemessene Behandlung und Förderung erhalten. Hier brauchen wir dringend mehr Aufklärung. Das betrifft keinesfalls nur Frauen aus sozial benachteiligten Familien, sondern Frauen aus allen Schichten. Rund 800 Kinder mit alkoholbedingten Behinderungen werden pro Jahr in Nordrhein-Westfalen geboren. So eine hohe Zahl dürfen wir nicht akzeptieren. Wir engagieren uns für die ungeborenen Kinder, denn sie brauchen unser Engagement für ein Leben nachher ohne Behinderung.

Positiv ist auch die Einführung von Qualitätsstandards bei der Sturzprävention von älteren Menschen in stationären Einrichtungen. Das Projekt „Landesbutten – Sturzpräventives Heim und Prämierung von Best-Practice-Einrichtungen in NRW“ ist ein Anreiz für Pflegeheime, sich verstärkt zu engagieren. Die entspricht exakt der Philosophie des neuen und wirklich guten Wohn- und Teilhabegesetzes und seinem Anspruch, mehr Leistungstransparenz für die Betroffenen zu erreichen, aber eben auch mehr Qualität, indem die Teilhabe in den Mittelpunkt gerückt wird. Der Erhalt von Mobilität ist dafür eine wesentliche Voraussetzung.

Zur Gesundheitshilfe gehört auch die Förderung der Selbsthilfe mit den Kontakt- und Informationsstellen für Selbsthilfegruppen. Gerade als Liberaler setze ich mich dafür ein, dass Patienten keineswegs passive Objekte ärztlichen Handelns sind, sondern dass sie zu mehr Selbstverantwortung ermutigt werden, dass sie eben zu Experten werden für die eigene Gesundheit und damit auch von den Leistungserbringern ernst genommen werden. Selbsthilfegruppen als Ergänzung von professionell erbrachten Gesundheitsleistungen sind daher von großer Bedeutung.

Erwähnen möchte ich auch das fortgesetzte Engagement im Bereich AIDS-Prävention sowie Sucht- und Drogenprävention. Die Notwendigkeit, sich hier weiterhin finanziell zu engagieren, bedarf sicher keiner umfangreichen Erklärungen. Nur so viel: In Nordrhein-Westfalen leben 14.000 Menschen mit HIV-Infektion. 70 % der Neuinfektionen im vergangenen Jahr betrifft die Gruppe der homosexuellen Männer. Deshalb ist es gut, dass die Landesregierung weiter Präventionsprojekte der AIDS-Hilfe unterstützt, die auch auf diese Zielgruppe zugeschnitten sind. Für diese Präventionsarbeit stehen 2009 rund 3,5 Millionen € zur Verfügung.

Im Bereich der Prävention von Suchterkrankungen sollten vor allem Kinder und Jugendliche im Zentrum der Maßnahmen stehen. Fördermittel für die Aktion Sucht, die auf ein Bündnis von Kindergarten,

Schule, Jugendeinrichtung und Unternehmen setzt, sind gut angelegt, zumal es eben nicht nur um Aufklärung geht, sondern um Primärprävention, Stressbewältigung, also um die Ursachen, die etwa zu der Erscheinung wie dem Komasaufen bei Jugendlichen führen.

Auf Prävention setzt der Entwurf des Haushalts aber eben nicht nur bei den Bürgern, sondern auch bei den Strukturen und Hilfsangeboten. Einen besonderen Stellenwert – Frau Monheim hatte dies bereits angesprochen – erhalten die Maßnahmen zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung. Als Abgeordneter aus dem Münsterland ist mir das wachsende Risiko einer Unterversorgung gerade im ländlichen Bereich besonders bewusst. Es gibt aber auch viele andere betroffene Landesteile, zum Beispiel die Eifel, das Sauerland, das Siegerland, große Teile von Ostwestfalen-Lippe.

Die Zahl der älteren und kurz vor dem Ruhestand stehenden Ärzte wächst, doch der Nachwuchs fehlt. Gerade die älteren immobilen Mitbürger sind von den negativen Folgen, zum Beispiel von den weiten Wegen zu den behandelnden Ärzten, betroffen. Zu diesem Zweck hat das Ministerium den Aktionsplan zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in NRW ins Leben gerufen und dafür erstmalig 1,5 Millionen € bereitgestellt.

Dabei ist nicht zu vergessen, dass, wenn wir es wirklich ernst meinen mit der Sicherstellung der medizinischen Versorgung, dies auf dem Land keinesfalls ausreicht, sondern das Allerwichtigste ist – das hat auch die Große Koalition in Berlin noch nicht richtig erkannt –, dass man die Ärzte auch ambulant entsprechend vergütet. Da herrscht weiter sehr große Unzufriedenheit. Es melden sich ja immer mehr tätige Hausärzte, die in Sorge sind, ihre Praxis in Zukunft nicht weiterführen zu können. Solange das ärztliche Handeln in so einer Landarztpraxis nicht entsprechend vergütet wird, werden auch keine Nachfolger in Sicht sein. Dies muss man anpacken. Das wird durch die Budgetierung, die mittlerweile in Berlin einen neuen Namen bekommen hat, leider weiter befördert, auch wenn ein bisschen mehr Geld im System ist. Wir brauchen dringend ein verändertes Vergütungssystem, mit dem im ärztlichen und medizinischen Bereich Leistung belohnt wird. Im Moment wird Leistung leider nicht belohnt, sondern bestraft. Deswegen haben wir dieses Chaos im System.

(Beifall von der FDP)

Ein anderes, wenngleich auch wichtiges Thema im Land ist die Gesundheitswirtschaft. Besonders hervorheben möchte ich die Förderung des Clusters Gesundheitswirtschaft und angewandte Medizintechnologie, die für den Strukturwandel gerade in Nordrhein-Westfalen von großer Bedeutung ist.

Das Gleiche gilt für den Gesundheitscampus, der im Ruhrgebiet geplant ist. Der Campus steht für ein

Netzwerk von Gesundheitstechnologieinstituten mit europäischer Ausrichtung. Dahinter steht die Absicht, gesundheitswirtschaftliche Kompetenz in NRW stärker zu bündeln und damit wirksamer zu entfalten. Insgesamt stehen für den Bereich Standortsicherung und Innovation im Gesundheitswesen, zu dem auch die Weiterentwicklung der Telematik in Nordrhein-Westfalen gehört, rund 6,5 Millionen € bereit. Das bedeutet aber nicht, dass die wirklich guten Gesundheitszentren, die wir im Land verteilt haben, benachteiligt werden, sondern Cluster bedeutet, dass wir den Gesundheitsstandort NRW an sich stärken. Und hierzu gehört auch der Gesundheitscampus.

Damit komme ich zum Bereich Soziales. Zur Vermeidung von Kinderarmut hat ja gestern das Bundssozialgericht ein Urteil gesprochen. Hierzu gab es ja eine Initiative aus Nordrhein-Westfalen. Man muss die Regelsätze passgenau an Kinder ausrichten und eben nicht pauschal Prozentsätze festsetzen. Darum wird es auch in Zukunft gehen, wenn es weiter angepasst ist.

Von den Maßnahmen, die direkt bei den Kindern ansetzen, will ich auf den Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ hinweisen, der jetzt im Sozialhaushalt mit 15 Millionen € verankert ist.

Wie Sie sicher wissen, steht der Förderbereich für Menschen mit Behinderung auf der Prioritätenliste auch dieser Koalition. Chancengleichheit aller Bürger entspricht unserem Selbstverständnis. Das Programm „Teilhabe für alle“ setzt mit seiner ressortübergreifenden Ausrichtung an den wirklichen Bedürfnissen dieser Menschen an. Es geht um die Verbesserung von Wohnqualität, für die 60 Millionen € ausgegeben werden, oder zum Beispiel um das Beratungsnetz für Blinde und Sehbehinderte, das 1,2 Millionen € aus der Landeskasse erhalten wird.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Insgesamt gibt es 52 Projekte in allen Ressorts der Landesregierung. Das Projekt „Teilhabe für alle“ wächst und entwickelt sich im Sinne der Menschen weiter.

Sie sehen an diesen Punkten: Wir machen eine ehrliche und auch wirksame Sozial- und Gesundheitspolitik. Das macht sich auch an diesem Haushalt fest. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Romberg. – Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Steffens für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Barbara Steffens* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst drei Vormerkungen zu dem Prinzip, das meiner Meinung nach

in diesem Haushalt des Sozial- und Gesundheitsministers zu erkennen ist.

Erstens hat er sich das Leitmotto gegeben: Kommunalisieren statt Verantwortung übernehmen! Raus aus der Steuerung, rein in die Beliebigkeit! – Das kann man gleich an vielen Beispielen schön festmachen.

Das Zweite ist: Selbsthilfe soll sich selbst helfen. – Das Ministerium hilft nämlich nicht, zumindest nicht mit finanzieller Unterstützung.

Und das Dritte ist: Zielgruppen, Geschlechterdifferenzierung gibt es nicht mehr. Stattdessen soll alles lieber breiter und flacher sein, damit es noch weniger Menschen überhaupt noch helfen kann.

Das sind die drei Leitsätze und Prinzipien, die sich quer durch den Haushalt ziehen.

Am deutlichsten wird das Vorgehen nach dem Motto „Kommunalisieren und raus aus der Verantwortung“ auf den Feldern Sucht und Aids. Die Kommunalisierung zeigt schon jetzt, dass es in den Kommunen vor Ort keine Steuerung mehr für bestimmte Zielgruppen, für bestimmte Probleme gerade in Bezug auf die Prävention gibt. Vielmehr sieht die Situation vor Ort so aus, dass geschaut wird: Welche Träger haben wir? Welche Träger müssen wir wie bedienen? Wer braucht wie viele Stellen? Wer ist in der Vergangenheit zu kurz gekommen? Oder: Wem bricht durch andere Kürzungen woanders etwas weg? – Das hat nichts mehr mit der inhaltlichen Ausrichtung zu tun.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Uns liegen neue Zahlen vor. Danach fangen immer mehr junge Mädchen mit dem Flatrate-Saufen an. Zu diesem Flatrate-Saufen haben wir als Grüne übrigens einen Antrag gestellt, aber Sie haben gesagt, in diesem Bereich sei alles in Ordnung und Sie würden genug tun. – Im Gegensatz dazu wächst das Problem aber massiv, gerade weil Sie nicht genug gemacht haben. Auch da haben Sie die notwendigen Maßnahmen verpennt.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Maßnahmen dagegen müsste man über eine zentrale Suchtpolitik ergreifen. Man müsste schauen, wie man die Prävention im Land verankern kann. Aber Sie wollen gar keine Verantwortung übernehmen und schieben diese Aufgabe daher den Kommunen zu, und zwar unter dem Deckmäntelchen, dass es die Kommunen besser könnten.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE] und Heike Gebhard [SPD])

Man sieht es aber auch in den anderen Bereichen. Auch in der Krankenhauspolitik gehen Sie einfach einmal mit der Gießkanne über das Land, da Sie keine Verantwortung übernehmen wollen. Nach wie vor jedoch brauchen wir einen Topf, mit dem man in der Krankenhauslandschaft über Investitionen steu-

ern und Grundbedarfe und die Daseinsvorsorge absichern könnte.

Wir haben dazu Anträge gestellt, die wir heute allerdings nicht mehr alle zur Abstimmung stellen, weil uns manche wichtiger und manche weniger wichtig sind. Wir bringen einige von uns bereits im Ausschuss gestellte Anträge heute nicht mehr in die Debatte ein und stellen sie nicht zur Abstimmung, weil Sie schon angekündigt haben, sie alle abzulehnen. Deswegen versuchen wir es nur noch mit einigen wenigen, aber nicht mit allen.

Altenpflegeausbildung. – Dazu stellen wir heute keinen Antrag mehr.

Gemeindepsychiatrie. – Dazu stellen wir heute keinen Antrag mehr.

Maßregelvollzug im Gesundheitsbereich. Auch das ist ein Bereich, in dem wir massive Probleme haben, weil Sie die höheren Personalkosten, die aufgrund der Kostensteigerungen real entstehen, nicht finanzieren und nicht übernehmen. Wir haben auch in anderen Bereichen des Maßregelvollzugs massive Probleme; über diese werden wir im Ausschuss intensiv reden müssen, weil Sie auch insoweit Ihre Hausaufgaben nicht erledigen.

(Günter Garbrecht [SPD]: Das kann ich versprechen!)

Sie müssten nämlich schon heute anhand der Entwicklungszahlen die heutigen und zukünftigen Bedarfe berechnen und das Verfahren durchlaufen, das unter Rot-Grün durchlaufen worden ist. Es ist schmerzhaft und anstrengend. Es müssen nämlich Standorte gesucht werden. Davor kneifen Sie. Lieber sollen die anderen etwas machen, und Sie machen nichts.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Also, auch zum Maßregelvollzug haben wir einen Antrag gestellt.

Ich nenne weiterhin die Stichworte gemeindenahe Psychiatrie und Selbsthilfe in der Krebsberatung. Auch das ist ein Bereich, zu dem Sie gesagt haben: Die sollen sich lieber selber helfen. Das Land hilft ihnen nicht. – Und wir hatten Mittel für die Palliativversorgung – genauer gesagt für ein Palliativnetzwerk – gefordert. Aber auch in diesem Bereich ist Vernetzung für Sie nicht wichtig.

Da wir hier über Gesundheit reden, nenne ich noch einen Punkt, bei dem wir den Finger in die Wunde legen müssen und der die Menschen in Nordrhein-Westfalen betrifft, die sich durch Sie nicht geschützt und in Sachen Gesundheit nicht vertreten fühlen. Ich meine den Nichtraucherschutz. Da hätten Sie mehr machen können, ohne mehr Geld in die Hand zu nehmen. Nordrhein-Westfalen ist in der Beziehung ein katastrophales Land. Denn hier werden die Menschen nicht geschützt, und die Ausnahmeregelungen sind die Regeln. Hier ist es die Aus-

nahme, wenn man irgendwo Nichtraucherschutz tatsächlich erleben kann.

Das in aller Kürze zum Teilbereich Gesund, obwohl man dazu noch sehr viel mehr sagen könnte. Ich möchte die verbleibende Zeit nun lieber nutzen, um den Bereich Soziales anzusprechen.

Auf einen Punkt möchte ich nicht intensiv eingehen, nämlich auf das Schulesen. Dazu wird es heute Nachmittag noch eine Debatte geben. Ich meine allerdings, dass es vor dem Hintergrund der Entscheidung des Bundessozialgerichts zynisch ist, zu sagen: Wir hauen da noch ein bisschen mehr drauf, und da gibt es diesen Fonds für ein Mittagessen. – Meine Damen und Herren, dieser Topf reicht vorne und hinten nicht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist eine Notbehelfslösung, die zwar hyperbürokratisch ist, aber den Kindern nicht wirklich zugute kommt und auch nur für ganz wenige gilt. Meine Kollegin wird Ihnen heute Nachmittag erklären, was denn eigentlich notwendig ist. Denn davor scheinen Sie die Augen und Ohren zu verschließen.

(Ralf Witzel [FDP]: Das können Sie gerne machen!)

Ich möchte allerdings über einen Punkt reden, hinsichtlich dessen Sie nicht direkt Täter des Streichens und der Kürzungen, aber Mitwisser sind, vor dem Sie die Augen zumachen und es nicht verhindern haben. Es geht um die Wohnungslosen.

Ich habe es hier mehrfach angesprochen. Wir haben einen Antrag eingebracht. Wir haben dazu eine Anhörung durchgeführt. Sie sind Sozialminister, und Sie haben eine sozialpolitische Verantwortung. Ihr Kollege Laschet hat diese sozialpolitische Verantwortung nicht und hat sie auch nicht wahrgenommen, zumindest scheint er sie für sich nicht in Anspruch zu nehmen. Er hat das Programm „Wohnungslosigkeit vermeiden – dauerhaftes Wohnen sichern“ gestrichen. Er hat es auf null gesetzt. Das Einzige, was die Koalitionsfraktionen dazu zustande bringen, ist, dass sie das, was vorher nur im Erläuterungsband stand, jetzt noch in die Titelgruppe mit hineinschreiben, dass sie nämlich noch ein bisschen Geld für die Abwicklung des Programms brauchen.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, wir haben zur Anhörung mit allen Fraktionen Experten und Expertinnen benannt. Sie als Koalitionsfraktionen haben bundesweit nicht einen einzigen Experten, nicht eine einzige Expertin gefunden, die sich in den Ausschuss gesetzt und erklärt hätte: Ja, man braucht dieses Programm vor dem Hintergrund der Zahlen nicht mehr. Niemand hat das gesagt! Niemand!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Alle Experten und Expertinnen, selbst die, die Sie benannt haben, haben gesagt: Dieses Programm ist notwendig.

Ich kann Ihnen noch einmal erklären, warum, denn Sie scheinen es bis heute nicht verstanden zu haben. Es gibt eine Menge von Aufgaben, von neuen Zielgruppen, von Problemstellungen, zu denen wir Modelle entwickeln müssen, bei denen wir ausprobieren müssen und gucken müssen, wie wir die Zielgruppe erreichen.

Ich erinnere an das, was wir über die Arbeitslosenzahlen bei den unter 25-Jährigen wissen, die kein Geld für eine eigene Wohnung kriegen, die bei ihren Eltern wohnen und zum Teil überhaupt nicht mehr da sind. Das ist eine völlig neue Zielgruppe von Jugendlichen, die nicht unbedingt obdachlos, aber die wohnungslos sind, die kein Dach über dem Kopf mehr haben, das ihres ist. Die werden zum Teil innerhalb der Sozialarbeiterszene als Jugendliche des Matratzenhoppings gesehen, weil sie versuchen, jede Nacht woanders einen Unterschlupf zu finden. Für die brauchen wir Modellprojekte.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir müssen gucken, wie wir die erreichen und wie wir die in diese Gesellschaft integrieren können statt sie am Rand stehen zu lassen.

Sie als Sozialminister und der zuständige Familienminister sagen aber: Kein Bedarf, das machen wir nicht, das war einmal ein rot-grünes Modell, und weil Rot-Grün dran steht, ist es unter Schwarz-Gelb nicht mehr notwendig. – Das ist zynisch, und das ist verantwortungslos.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das Zynischste daran ist: Dieser Ministerpräsident, der bei der Debatte nicht da ist, der immer in die Fußstapfen von Johannes Rau treten will,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das wird ihm nie gelingen!)

der überall versucht, den Eindruck zu erwecken, er hätte so etwas Präsidiales an sich, dieser Ministerpräsident hat als Nachfolger von Johannes Rau die Schirmherrschaft des Projektes „Gemeinsam gegen Kälte“ übernommen. Er ist ein Schirmherr. Mit einem Schirmherrn verbindet man, dass er sich für die Menschen einsetzt.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Er hat es aber zugelassen, dass das Programm auf null gesetzt wird. Er hat den Schirm in die Ecke gelegt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Er hat die Menschen im Regen stehen lassen. Er hat es noch nicht einmal mehr notwendig, dem Verein auf seine Zuschrift hin zu antworten. Das ist nicht nur verantwortungslos. Ich finde, es enttarnt. Es zeigt einfach, wie das sozialpolitische Geplänkel

nach außen ist und wie das wahre Gesicht nach innen ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Denn den Zustand einer politischen Partei und einer Gesellschaft kann man daran messen, wie sie mit den Menschen umgehen, von denen sie nichts zu erwarten haben. Die Wohnungslosen werden zu einem großen Teil nicht wählen. Da gibt es keine Lobby, die großartig und stark ist. Das sind die Menschen, für die man sich wirklich einsetzen muss.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Minister Armin Laschet: Tun wir doch!)

Dafür haben Sie als Sozialminister die Möglichkeiten. Da geht das Kompliment an Herrn Laumann: Da trauen wir Ihnen, Herr Minister Laumann, mehr zu als Ihrem Kollegen, weil Sie mit der Klientel mehr zu tun haben und eher in der Denkstruktur drin sind, während Ihr Kollege nur noch die Abwicklung im Kopf hat und nicht mehr die Hilfe und Unterstützung für diese Menschen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Johannes Remmel [GRÜNE]: Genau so ist es!)

Ich will aber in der Kürze der Zeit noch sagen – meine Redezeit ist gleich abgelaufen –, dass es noch mehr Bereiche gibt.

Minister Laumann, Menschen mit Behinderungen: Es gibt viele Punkte, bei denen Sie auch da schöne Worte, schöne Sachen, schöne Ideen vorstellen. Allein: Die Handlungen fehlen.

Ein Punkt, an dem man gucken muss, was Sie tun, ist: Wie findet Normalität für Menschen mit Behinderungen statt? Wie findet wirkliche Integration vom Kindergarten, von der Schule bis später ins Berufsleben hinein statt? Die Frage ist nicht nur: Wie können wir irgendwo Werkstätten und separate Systeme schaffen?

Im Moment ist es in Nordrhein-Westfalen so, dass Kommunen in der Haushaltssicherung nicht ausbilden dürfen. Wir haben das Problem in der Kommune Oberhausen ganz deutlich. Wir haben es aber auch in anderen Kommunen deutlich. Da gibt es Menschen mit Behinderungen, die einen Ausbildungsplatz wollen. Da gibt es auch Kommunen, die bereit wären auszubilden. Aber sie dürfen nicht, weil sie in der Haushaltssicherung einem Ausbildungsstopp unterliegen. Da müssen Sie als Sozialminister für eine Regelung sorgen, damit Jugendliche mit Behinderungen trotz prekärer finanzieller Situation der Kommunen einen Ausbildungsplatz in Kommunen bekommen können.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Neue Wohnformen im Alter: auch ein wichtiger Bereich. Sie sagen, mit dem Wohn- und Teilhabegesetz ist das Ganze geregelt. Nein, das Wohn- und

Teilhabegesetz schreckt für Normalität eher ab als dass es Sicherheit gibt.

Haushaltsnahe Dienstleistungen: Auch da wollen Sie nicht ran. Da wollen Sie Menschen nicht in die Normalität eines Arbeitslebens holen. Wir haben Ihnen Anträge vorgelegt. Wir haben Ihnen Konzepte vorgelegt. Ich bedaure es zutiefst, dass Sie nicht den Schritt in die richtige Richtung gehen.

Aber ich wäre froh, wenn es wenigstens ein Ergebnis – auch wenn ich von Ihnen sonst nichts erwarte – dieser Haushaltsdebatten wäre, dass Sie hinsichtlich der Wohnungslosen, des Wohnungslosenprogramms und hinsichtlich „Gemeinsam gegen Kälte“ einen Weg finden. Uns wäre es lieber bei Minister Laumann. Wenn es bei Minister Laschet wäre, könnte ich aber auch damit leben. Die Hauptsache ist: Sie nehmen Geld in die Hand und machen diesen fatalen Fehler Ihrer Koalitionsfraktionen und Ihrer Regierung rückgängig.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Laumann das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein zentraler Punkt der Sozialpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen bleibt auch im Haushaltsjahr 2009 die Politik für Menschen, die mit Handicaps durchs Leben gehen müssen. Wir sind die erste Landesregierung in Nordrhein-Westfalen, die mit dem Programm „Teilhabe für alle“ quer über die Ressorts versucht, Schritt für Schritt, aber nachhaltig die Lebensbedingungen von behinderten Menschen zu verbessern.

(Günter Garbrecht [SPD]: Das ist Geschichtsklitterung, Herr Kollege!)

Die Landesregierung wendet auch für dieses Programm rund 188 Millionen € auf. Natürlich finden sich diese Mittel nicht alle im Sozialhaushalt. Denn die Lebenswelt eines behinderten Menschen ist nun einmal nicht nur die Lebenswelt, für die das Arbeitsministerium, das Sozialministerium zuständig ist. Der behinderte Mensch muss wohnen. Der behinderte Mensch ist Verkehrsteilnehmer. Der behinderte Mensch braucht innere Sicherheit. So ist es eine Aufgabe – wie es sich für Integration gehört – quer durch alle Ressorts der Landesregierung.

Frau Gebhard, Sie haben kritisiert, wir täten zu wenig für barrierefreien Wohnraum. Ich möchte nur sagen, dass im Haushalt des Wohnungsbauministers für barrierefreies Wohnen rund 60 Millionen € zur Verfügung stehen. Diese Mittel stehen eben nicht in meinem Haushalt, sondern gehören in den Haushalt des Wohnungsbauministers. Von daher

glaube ich, dass wir uns hier sehr wohl sehen lassen können.

Ich möchte auf einen weiteren Punkt in diesem Haushalt hinweisen, der im Bereich der Integration von Menschen mit Handicaps in den Arbeitsmarkt neue Impulse in Nordrhein-Westfalen setzen wird, nämlich auf unser Programm „Über Integrationswerkstätten auf den ersten Arbeitsmarkt“, mit dem wir in der nächsten Zeit 1.000 zusätzliche Arbeitsplätze nicht in Behindertenwerkstätten, sondern am ersten Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen schaffen.

Ich habe heute in der Haushaltsdebatte bewusst gesagt: In der nächsten Zeit. Denn ob es in Zeiten dieser Krise alles so schnell geht, wie wir uns das vorgestellt haben, das weiß ich nicht. Aber wir werden beharrlich dranbleiben. Nur das Aufbauen von Integrationsunternehmen ist in einer wirtschaftlich schwierigen Lage auf jeden Fall auch ein bisschen schwieriger als in wirtschaftlich guten Zeiten. Das muss ich zugeben; das kann man nicht mit der Brechstange zurechtbiegen, aber wir werden weiter daran arbeiten.

Ich glaube, dass wir damit auch einen ganz konkreten Ansatz für Menschen verfolgen, die sonst keine Teilhabe am ersten Arbeitsmarkt haben werden.

Wir haben mit dem Wohn- und Teilhabegesetz neue Akzente für die Menschen, die in stationären Einrichtungen leben müssen – etwa in Alten- oder Behinderteneinrichtungen –, gesetzt. Ich bin sehr stolz darauf, dass in relativ kurzer Zeit in Nordrhein-Westfalen Drei- und Vierbettzimmer in unseren Behinderteneinrichtungen der Vergangenheit angehören werden. Darum haben Sie sich im Übrigen überhaupt nicht gekümmert.

Was ist das eigentlich für eine Politik, alle möglichen Standards hier im Landtag herbeizureden, aber auf der anderen Seite für Menschen, die 30, 40 Jahre als behinderte Menschen in einer Einrichtung leben müssen, noch nicht einmal ein Einzelzimmer vorzusehen? Auch damit macht die jetzige Landesregierung in relativ kurzen Übergangsfristen endgültig Schluss.

Natürlich gehört zu meiner Arbeit in der Sozialpolitik auch – beginnend mit diesem Haushaltsjahr – die Frage: Können wir auch einen Beitrag zur Bekämpfung der Armut von Kindern, deren Lebenschancen nicht so gut sind wie die vieler anderer Kinder, erbringen?

Wir werden uns in den nächsten Monaten im Ministerium auch darüber Gedanken machen, wie wir in unserem Land etwa in der Frage des Mittagessens für Kinder in Ganztageseinrichtungen fortfahren wollen. Wir müssen das auswerten, was wir durch den Fonds an Erfahrungen gesammelt haben, und dann in aller Ruhe schauen, wie wir dieses mit Blick auf die veränderte Betreuungsstruktur für kleine Kinder

in unserem Land angemessen weiterentwickeln können.

Aber auch das will ich Schritt für Schritt machen. Ich bleibe dabei: Hier ist in allererster Linie eigentlich der Bund in der Verantwortung. Wir brauchen für diese Kinder einen am Kinderbedarf orientierten Bedarfssatz im SGB II. Deswegen freue ich mich auch über das Urteil des Bundessozialgerichtes. Aber trotzdem können wir nicht sagen: Jetzt wartet die drei, vier Jahre ab, bis das Bundesverfassungsgericht entschieden hat. Wir haben eine ganz konkrete Situation. Ich bin Pragmatiker genug, um zu wissen, dass wir uns dieser vernünftig stellen und Lösungen hierfür suchen müssen,

(Beifall von CDU, GRÜNEN und Christian Lindner [FDP])

ohne – das sage ich dazu – auf die Klärung der Grundsatzfrage zu verzichten. Ich bleibe dabei: So wie wir in der Systematik des SGB II denken, muss man an der Fragestellung weiterarbeiten.

Auch die Berichte, die wir in dieser Woche in der Zeitung über die Integration von bestimmten gesellschaftlichen Gruppen gelesen haben, machen sehr deutlich, dass wir uns, wenn wir eine gute Zukunft haben wollen, um die Kinder, die nicht aus den wohlbehüteten Elternhäusern kommen, entschieden kümmern müssen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Garbrecht?

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Nein, jetzt nicht. Ich möchte das gerne im Zusammenhang vortragen.

Wenn wir dieses vor Augen haben, ist dies nicht nur eine Debatte ums Geld, es ist auch eine Frage von Verantwortung der Eltern für ihre Kinder, von Verantwortung der Gesellschaft und der Nachbarschaften für den Nachwuchs in unserem Land.

Natürlich ist im Gesundheitsbereich meines Haushalts die Sorge um unsere Krankenhäuser auch 2009 eine wichtige politische Aufgabe. Krankenhäuser sind nach meiner festen Überzeugung neben unseren Schulen in der Wahrnehmung der Bevölkerung die wichtigsten öffentlichen Einrichtungen.

Hier kommt es zunächst einmal darauf an, dass die Krankenhäuser für ihre medizinischen Leistungen auch in Nordrhein-Westfalen ein angemessenes Entgelt über die Krankenkassen bekommen. Ich bleibe dabei: Der im Krankenhausfinanzierungsgesetz enthaltene Korridor, der in Berlin beschlossen worden ist, wonach die nordrhein-westfälischen Krankenhäuser auf Dauer den niedrigsten Basisfallwert in ganz Deutschland haben werden, ist bei

gleich hohen Krankenkassenbeiträgen eine Ungeheuerlichkeit und eine Zumutung für das nordrhein-westfälische Gesundheitssystem.

(Beifall von der CDU)

Deswegen werde ich dem Kabinett in der übernächsten Woche vorschlagen, dem Krankenhausfinanzierungsgesetz, wie der Bund es verabschiedet hat, im Bundesrat nicht zuzustimmen. Ich bereite zurzeit im Haus eine Verfassungsklage in dieser Frage vor, und ich werde das Kabinett auch bitten, mir die Möglichkeit zu geben, vor das Verfassungsgericht zu ziehen, damit diese Ungleichbehandlung in Deutschland nicht Bestandteil der Gesundheitspolitik von Ulla Schmidt in Zukunft und auf Ewigkeit bleiben kann.

(Beifall von der CDU)

Ein weiterer Punkt ist für mich, dass wir in diesem Jahr den Krankenhausrahmenplan vorantreiben werden. Ich denke, dass wir es schaffen, Ihnen diesen Krankenhausrahmenplan bis zum Sommer 2009 vorlegen zu können. Wenn man daran denkt, dass andere Regierungen dafür Zeiträume von zwei bis zweieinhalb Jahre gebraucht haben, können Sie das zwar auf die Tagesordnung jeder Ausschusssitzung setzen, aber Sie müssen zugeben, dass unser Ministerium unter meiner Führung in dieser Frage zügig, zielorientiert und engagiert arbeitet. Im Sommer können wir uns dann über diese Fragen auch unterhalten.

Es war Bestandteil der Politik der nordrhein-westfälischen Landesregierung und auch meiner eigenen Politik, dass ich nicht wollte, dass die schwierige Frage der psychiatrischen Versorgung der Menschen in unserem Land immer gesondert geregelt wird. Ich hätte es gerne gesehen, wenn wir es auch in diesem Bereich durchhalten würden, nicht zu stigmatisieren. Dazu gehört auch, dass die Psychiatrieplanung im Krankenhausrahmenplan mit der Planung der somatischen Krankenhäuser zusammen behandelt werden muss.

In Anhörungen einerseits zu sagen, hört mit der Stigmatisierung der Psychiatrie auf, und andererseits zu erwidern, wir können es jetzt nicht mehr abwarten, bis der Krankenhausrahmenplan da ist, und dann zu fordern, diesen Bereich wieder vorzuziehen und einen Sonderplan zu erstellen, das kann doch nicht Sinn der Sache sein, wenn man das als Ganzes begreifen will.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich möchte auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, gerne durchhalten, dass wir in diesem Bereich nicht ideologisch arbeiten. Ich weiß, dass die Landschaftsverbände aufgrund der Geschichte und der Entwicklung der psychiatrischen Versorgung eine große Tradition haben und viele Erfahrungen sammeln konnten. Dort ist eine Menge Fachwissen vorhanden. Das kann aber nicht bedeuten, dass

jede psychiatrische Einrichtung, die wir neu schaffen, automatisch in der Trägerschaft des Landschaftsverbandes steht.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Was? Stimmt doch gar nicht!)

Ich möchte nämlich erreichen, dass wir Einrichtungen dahin bringen, wo es in der Fläche zurzeit noch gar keine Einrichtungen gibt. Denken Sie etwa an viele Kreise in Ostwestfalen-Lippe oder im Münsterland. Daher bin ich der festen Überzeugung, dass es richtig ist, dies im gesamten Krankenhausrahmenplan zu bedenken.

Aber ich bin dafür, die Einrichtungen und gerade kleinere Einrichtungen, die wir neu schaffen, um in die Fläche zu gehen und zu dezentralisieren, mit der fachlichen Kompetenz der bestehenden Einrichtungen zu verbinden. Deswegen muss das kein Widerspruch sein.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Richtig! Genau das machen die Landschaftsverbände!)

Zur Kinder- und Jugendpsychiatrie möchte ich ganz offen sagen:

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Ich finde, die Ausschusssitzung in der letzten Woche hat sehr deutlich gemacht, dass alle einschließlich der Kostenträger für einen schnellen Ausbau sind. Deswegen werden wir Ihnen in den nächsten Wochen Pläne vorlegen, um das vor den Krankenhausrahmenplan zu ziehen, damit dieser Bereich relativ schnell in die Umsetzungsphase kommt.

(Günter Garbrecht [SPD]: Manchmal ist er doch lernfähig!)

Ganz wichtig ist mir, dass wir uns in diesem Landtag damit beschäftigen, wie wir in den Landkreisen eine gute landärztliche Versorgung behalten. Wenn der Hausarzt in den Dörfern in Ostwestfalen-Lippe oder im Sauerland ausstirbt, bekommen wir ein erhebliches Problem bei der Versorgung einer älter werdenden Gesellschaft.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Deswegen werden das Ministerium und die Landesregierung auch in diesem Bereich neue Akzente in den vor uns liegenden Jahren setzen.

Sie sehen: Wir sind gut aufgestellt. Die Menschen können unserer Politik vertrauen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Solange wir sie gestalten, gibt es in diesem Land auch bei der gesundheitlichen Versorgung Sicherheit und soziale Gerechtigkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir zum Einzelplan 11 nicht vor.

Die Abstimmungen zum Einzelplan 11 erfolgen nach 14 Uhr.

Ich rufe nun auf:

Einzelplan 15 Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration

Er besteht aus den Teilbereichen „Generationen und Familie, Kinder und Jugend“, „Frauen“ und „Integration und Eine-Welt“.

Ich weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/8015 und auf die Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und Grünen hin.

Wir kommen zu:

Teilbereich Generationen, Familie, Kinder und Jugend

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Fraktion der SPD dem Kollegen Jörg das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Wolfgang Jörg (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In dreieinhalb Jahren hat sich die Situation für Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen erheblich verschlechtert.

(Beifall von Bodo Wißen [SPD])

Nordrhein-Westfalen ist ungerechter geworden – nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern auch für ihre Eltern. Leistungsdruck, Konkurrenz und Wettbewerb sind die ideologischen Eckpunkte dieser Landesregierung. „Privat vor Staat“ ist das Brandmal der Landesregierung, das in alle Lebensbereiche eingebrannt werden soll. Viele Themenfelder im Einzelplan 15 sind von diesem Brandmal betroffen.

Ich fange bei den Kleinsten an, nämlich bei den U3-Betreuungen im Land. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, die ersten drei Jahre sind die wichtigsten im Leben eines Menschen. Denn in ihnen werden Grundlagen für die Zukunft und Impulse für ein selbstständiges Leben gegeben. Das ist eine ganz zentrale Lebensphase.

Wie reagiert die Landesregierung auf diese Situation? – Mit einem Spar- und Verwahrgesetz, dem sogenannten Kinderbildungsgesetz. Seit Inkrafttreten des Gesetzes im August 2008 wird immer deut-